

In der nächsten Nummer:
Schwarzer Block
Friedensbewegung
El Salvador
Interview mit einem Mitgl.der SMOT
Krüppel Tribunal
Polens Ökonomie
1.Mai
und vieles andere mehr



No. 2 - 82 2 DM



MÄRZ-APRIL

Liebe leser.

Die zweite nummer in diesem jahr ist jetzt fertig. Wir haben uns mühe gegeben die neue ausgabe besser zu machen - und haben jetzt auch mehr artikel von anderen leuten bekommen.
Die qualität der zeitung hängt, das wollen wir noch einmal betonen, auch von euch ab. Statt einen artikel in einem gespräch zu kritisieren, könnt ihr solche sachen ja auch aufschreiben und uns schicken.
Auch gedichte, bekennerbriefe, berichte von demos und aktionen, ankündigungen, buchbesprechungen o.ä. können wir gut gebrauchen. Also schickt was!

Es gab einige fragen zu der letzten nummer, in bezug auf widersprüche von verschiedenen artikeln. Das ist nicht aus versehen passiert, sondern entspricht verschiedenen ansichten der jeweiligen schreiber.
Wir wollen auch ganz bewußt die verschiedenen positionen nebeneinander stellen um so bessere vergleichsmöglichkeiten zu haben.(z.b. die beiden artikel zur friedensbewegung)

Zu dem finanziellen müssen wir hier auch noch mal kommen:
wir haben noch fast 1400 dm an rechnungen offen, diese ausgabe muß auch noch bezahlt werden.
Dagegen fehlen noch abrechnungen von folgenden städten:

berlin	no. 4
dieburg	3 & 4
ffm	4
hamburg	3
ludwigsh.	3 & 4
offenbach	3 & 4
speyer	2 & 3
wetzlar	3 & 4

Bitte überweist das geld auf unser konto!!!

Zum schluß noch ein wort an die verlage!
wir haben vor längeren zeiten an fast alle anarcho-verlage angebote für anzeigen verschickt jedoch nicht eine einzige antwort bekommen.
Nach der letzten nummer kamen dann briefe mit anzeigen, werbung und so einem kram- von geld oder ähnlichem stand aber nirgendwo was drin.
Das zwingt uns dazu das versprechen loszu werden, für niemanden etwas gratis zu drucken, dem wir keine antwort wert sind.

Austauschanzeigen nehmen wir genauso an wie andere zeitungen.

Die preise für die oben angesprochenen dinger sind :

DIN A 4	-	100 dm
5	-	60
6	-	40
7	-	20
8	-	10

Gedruckt wird, sobald das geld auf unserem konto ist.

AUFRUF

An die anarchistischen Verlage, Zeitungen & Gruppen!

Vor einiger Zeit wurde unsere englische Genossin Brenda Christie während eines Besuches in der BRD verhaftet. Sie hätte an der Sprengung eines IBERIA Flugzeuges auf dem Frankfurter Flughafen, vor 11 oder 12 Jahren mitgewirkt. Dieser Anschlag war einer von vielen, mit denen die anarchistische Bewegung gegen die blutige Diktatur des spanischen Faschistenführers Franco kämpfte.
Die Verantwortung übernahm die FIJL, die libertäre Jugend.
Ein Jahrzehnt später hatte die (englische?) Polizei die geniale Idee brenda deswegen festzunehmen.
Schon viel zu lange hatten die Behörden in England vergeblich versucht den Christies irgendwas anzuhängen. Als Mitbegründer der Internationalen anarchistischen Gefangenen-Hilfsorganisation "Black Cross", als Betreiber des anarchistischen Verlages "Cienfuegos Press" und als ewig, der Mitgliedschaft in der "Angry Brigade", Verdächtigte waren sie ihnen mehr als ein Dorn im Auge.
Das Verfahren gegen Brenda, zu dem der Staatsanwalt Schilling die Protestbriefe aus der ganzen Welt gleich massenhaft bekam, mußte inzwischen eingestellt werden. Übrig bleiben einige tausend Märker an Kosten die nicht von der Staatskasse (denn deren Vergnügen war schließlich die ganze Sache) zurückgezahlt werden.
Daher auch dieser Schrieb: Wir wurden hier sehr gerne helfen und rufen auch auf Geld zu sammeln und auf unser Konto zu überweisen!!!!!!!

Postscheckkonto 3337 97-601
Pscha. Ffm, BLZ 500 100 60
"Brenda"

Postfach 550455
6Ffm 50

Kontakte – hier gibts auch die AKTION!

FRANKFURT – Auch Redaktionsadresse und Vertrieb: c/o, Postfach 550455, 6000 Frankfurt/M. 50
WIESBADEN: Postlagerkarte 0 62 0 32A 6200 Wiesbaden
DIEBURG: c/o Wolfgang Weber, Postfach 1211, 6110 Dieburg
WETZLAR: Helmut Wiewarra, Konrad Adenauer Promenade 12, 6300 Wetzlar
GIESSEN: Sabine Müller, Marktstraße 3, 6300 Gießen
LIMBURG: Lutz Krekel, Auf dem Hügel 6 6235 Dornberg 4
HERBORN: Stefan Wolff, Postfach 1624 6348 Herborn

HAMBURG: Gruppe Utopia c/o Wolfgang Neven, Immenbusch 81 2 Hamburg

HANAU: zur Zeit über Ffm.

Die Badischen- und Pfälzer Anarcho-Gruppen erreicht ihr über die Anarchistische Gruppe Karlsruhe: c/o A. Müller, Postfach 4528, 75 KARLSRUHE

weitere Gruppen:

Hannover: Gerd Kaspianski, Güntzweg 10, 3000 Hannover 71

Köln: Postlagerkarte 092822 A, 5000 Köln 1

Saarbrücken: Postlagerkarte 088 122 A, 6600 Saarbrücken

Wetzlar: c/o Freies Zentrum, Postfach 3472, 6330 Wetzlar

Bremen: Günther Bruns, Feldstr.127 2800 Bremen 1

Dortmund: Postlagerkarte 073634 A 4600 Dortmund 1
Büro: "Klüngelkerl", Adlerstr.82-84, Mo.u.Di.ab 20 h
Tel. (0231) 14 97 35

Wuppertal: Stadtladen, Neue Nordstr. 6, 5600 Wuppertal



ab 1.Million Liter - straffrei

kerosin

im Grundwasser

Damit muß man in Ballungsgebieten nun mal rechnen... meint Dr.B.Baars.

Nachdem im letzten Jahr bekannt wurde daß die Flughafen Aktien Gesellschaft (FAG) durch defekte Rohrleitungen das Grundwasser verseucht hat (ungefähr 1,5Millionen Liter wurden ins Grundwasser geleitet) ist jetzt das Verfahren gegen die FAG eingestellt worden.
Aufgeregte Bürger hatten damals nach der Schreckensmeldung verstärkt auf die Qualität ihres Trinkwassers geachtet, bestimmt auch zurecht waren sie beunruhigt.
Dafür, daß das Verfahren eingestellt worden ist und das Kerosin sich angeblich nicht auf die Qualität des Trinkwassers ausgewirkt haben soll, haben sich die Stadtwerke wirklich auffällig darum bemüht, die Bürger zu beruhigen und jegliche Verfärbung oder Veränderung des Trinkwassers mit "Defekten im Rohrleitungssystem", die keinerlei Auswirkungen aufs Trinkwasser haben sollten und sofort wieder behoben sein sollten zu begründen.
Der Verdacht, daß diese Auskunft lakonisch und nur zur Beruhigung der Bürger gedacht war oder, daß das ganze System immer defekt ist, verstärkte sich.
Eine verschreckte Frau rief bei den Stadtwerken an, um das Trinkwasser zu reklamieren, weil es braune Farbe hat. Der Beamte erklärte, dies sei eine Folge eines Defektes in der Leitung und sofort wieder behoben, man wäre schon bei der Arbeit.
Komischerweise stellte die Frau anschließend fest, daß die braune Farbe nicht aus der Leitung kam, sondern daß es am Topf lag, in den sie das Wasser geschüttet hatte.
Zufall kann das schon nichtmehr sein-denn kurz darauf schrieb eine andere Frau an die Stadtwerke und beschwerte sich über die Trinkwasserqualität und ob dies mit dem Kerosin zusammenhänge
Durch ein Versehen hat diese Frau den Brief erst einige Tage nach dem Vorfall abgeschickt und die Stadtwerke reagierten zwar prompt, kamen mit einem Team angereist um Laborproben zu entnehmen- erklärten aber, es sei kein Kerosin nachweisbar, sondern eben wieder ein Defekt in der Leitung der aber nur kurzfristig und sofort repariert sei. Entweder war dieser Schaden mehr als 10 Tage schon vorhanden oder aber, was sich einem stark aufdrängt, man wird hier verarscht, die Tatsachen werden vertuscht um keine Panik aufkommen zu lassen.
Es könnte ja auch eventuell statt eines Strompreisboykottes einen Wasserpreisboykott geben (oder was fällt euch dazu ein?)
Zumindest ist halt seit 9.Januar bekannt, daß der Oberstaatsanwalt das Verfahren gegen die FAG wegen 1,5 Millionen Liter Kerosin eingestellt hat - gleichzeitig sind natürlich auch die Strafanträge von den 'Grünen' und der 'AG Volksbegehren' eingestellt worden -. Der Grund für die Aufhebung des Verfahrens : es lag keine strafrechtlich relevante Pflichtverletzung vor.



Einer hat sich mal die Mühe gemacht auszurechnen, was eigentlich diesen Straftätern zu blühen hätte, verglichen mit dem, wie kleine Straftäter verurteilt werden.
Das wären 1,875 Milliarden DM Geldstrafe oder 154000 Jahre Haft (wahrscheinlich waren dem Oberstaatsanwalt diese Zahlen zu hoch und da er selbst nicht so alt wird, hat er mal auf Freispruch plädiert - schade, daß Volksbegehren abgelehnt werden!)
Am 14.1. gab es einen neuen Skandal in Bezug auf Grundwasserverschmutzung, bei Brunnenuntersuchungen wurde wieder Kerosin entdeckt.
In Abwandlung zur sonstigen Praxis im Zusammenhang mit § 129 a- den Täter haben wir, die Tat werden wir schon noch finden- dachte man sich diesmal ein umgekehrtes Spiel aus. Die Tat haben wir- den Täter kriegen wir auch ganz schnell.
Über mögliche Ursachen der Verschmutzung konnten nur Vermutungen und Spekulationen angestellt werden, die NATO-Pipetine, die das Baugelände der Startbahn berührt, könnte Verursacher sein, ein in Not geratenes Flugzeug könnte Kerosin abgelassen haben- oder(in Not geratene Bullenfahrzeuge) oder aus den 50er Jahren mit Kerosin versetztes Pflanzenschutzmittel oder altes Laub hätte sich in Kerosin verwandeln können, beim Frankfurter Pflasterstrand hat sich sogar ein Freiwilliger Flughafenangestellter gemeldet, der 40 Liter in einen Brunnen geschütet haben will. Dann aber hatte einer die Idee, es könnte auch ein -irregeleiteter Startbahngegner- gewesen sein, damit stand dann für alle der Täter fest.
Später wurde zwar noch angemerkt, daß Einzeltäterschaft auszuschließen sei,daß die Verschmutzung sich auf eine Strecke von 2,5 Kilometer beläuft und daß sie insgesamt in sieben Brunnen aufgetaucht ist, aber die Praxis der Schuldzuschreibung an 'Außenseiter' ist ja in Deutschland nichts unbekanntes.
Der oben zitierte Pressesprecher hat mittlerweile zwar auch angemerkt, daß "es keine Straftat sei, sondern normales Risiko in unserer Gesellschaft", weil wie nämlich oben erwähnt, wenn es kein Einzeltäter war, sondern vielleicht doch die FAG oder eventuell die Amis, dann liegt natürlich keine "strafrechtlich relevante Pflichtverletzung vor".
Baars meint nur, "ob es in Zukunft noch ratsam sei, in diesem Ballungsgebiet aus Grundwasser Trinkwasser zu gewinnen".
Ich frage mich, ob wir das Kerosin gleich pur saufen sollen oder wie stellt der sich das vor?
Zumindest haben wir keinen Bock mit diesem "Risiko" zu leben und ob 1,5 Millionen Liter oder 40 Liter für uns steht fest, daß die FAG dafür gerade zustehen hat!

UMFRAGE DER AKTION

EL SALVADOR 82 — SPANIEN 36

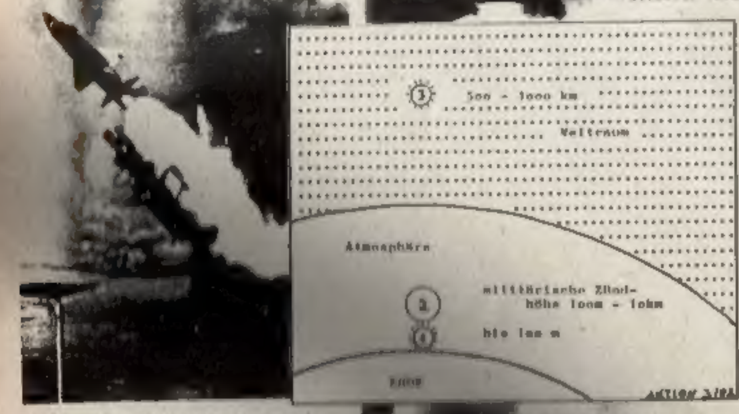
Leider hatten wir nicht mehr genügend Zeit um notwendige Materialen zusammenzustellen,um noch in dieser Nummer einen Artikel zu dem aktuellen Thema El Salvador zu bringen. Wir wollen es in der nächsten Nummer nachholen und für dieses Mal ein paar Fragen stellen zu deren Beantwortung ihr beitragen sollt.Also auf und schreibt uns!

1. In wie weit lässt sich El Salvador 82 mit Spanien 36 vergleichen bzw. nicht?
2. Soll nur Kohle für El Salvador gesammelt werden(TAZ Aktion"Waffen für El Salvador")oder wäre real auch an Freiwilligen Verbände von Ausländern in El Salvador zu denken?
3. Wenn es vereinzelte Leute geben sollte,die nach El Salvador wollen, wie könnte die Vereinzelung am besten aufgehoben werden und zu gemeinsamen Vorgehen,Fahrt usw.werden?
4. In wie weit wäre eine Organisierung dieser Sache durch die Internationale Arbeiter Assoziation(I.A.A.) oder die Internationale der Anarchistischen Föderationen(I.F.A.) erwünscht oder sinnvoll?

EMP

Nach dem Zünden einer amerikanischen Atombombe über Johnston - Island im Pazifik, fielen in Hawaii Strom, Fernschreiber, Telefone und anderes elektronisches Gerät aus. Dafür hatten stillgelegte Stromnetze plötzlich Leistung und die Alarmanlagen auf der Insel Hupten klingelten vor sich hin. Dies geschah 1962. Hawaii liegt 1800 km von der Johnston Insel entfernt.

Schon 1945 hatten Techniker einen 'Radio-Blitz' beobachtet, aber erst seit wenigen Jahren wurde klar, was diese Nebenerscheinung einer Atombombenexplosion bedeutet.
Der 'Radio-Blitz' oder EMP (Electro Magnetic Pulse) ist eine extrem kurzzeitige elektromagnetische Welle mit sehr hoher Intensität, der immer dann auftritt, wenn in oder außerhalb der Atmosphäre eine Atombombe gezündet wird.
Die Folgen dieser physikalischen Erscheinung sind die Zerstörung aller, mit Transistoren bestückten, elektronischen Geräte, oder das 'spinnen' derselben in einem Radius von 1ooo km um den Detonationsort.
Der EMP kommt durch Compton-Elektronen zustande, die durch Gamma-Strahlen bei der Explosion erzeugt werden.
Für die Wirkung des EMP ist die Höhe der Bombenexplosion entscheident!



1) Bei einer Bodenzündung wird die Energie hauptsächlich nach oben abgestrahlt. Die EMP-Wirkung ist fast null.

2) Die Zündung in niedrigeren Luftschichten(1oom - 1okm), die die Militärs wegen des Maximums an Hitze und Druck (d.h. der größten Vernichtungskraft) für den Kriegsfall planen, ergibt einen schwachen EMP.

3) Bei der Detonation in sehr großer Höhe (ca. 1oookm) wird fast die gesamte elektromagnetische Energie nach unten, auf die Erde abgestrahlt.
Diese Explosion außerhalb der Atmosphäre hat den enormen EMP, die verschiedenen Quellen geben einen Radius von mindestens 1oookm um den Explosionsort bis zum gesammten gradlinig erreichbaren Rand der Erdkrümmung (2) an, zur Folge.
(Dies ist durch das Fehlen von absorbierender Materie im All begründet, so daß die, von der Atombombe ausgehenden Gamma-und Röntgenstrahlen den Rand der Atmosphäre mit einem mal auf einer riesigen Fläche erreichen.)

Durch seine Eigenschaft, elektronische Geräte zu zerstören oder zum ausflippen zu bringen, beeinflußt der EMP die ganze bisherige Konzeption der Militärs und Politiker von einem Atomkrieg. Einen derartig starken Impuls können weder UKW Sender, Empfänger, Telefonleitungen und deren Verstärkerstationen, Computer, Hochspannungsleitungen, elektronisch gesteuerte Produktionsanlagen ......noch die Radarsysteme und Waffenlenk-Steuerungs-und Startsysteme überstehen. Was in den Atomkraftwerken, nach dem Ausfall der Steuerungselektronik, insbesondere der der Kühlsysteme, passieren wird, kann sich wohl jeder ausmalen.
Wie ernst die Generäle und die Politiker den EMP nehmen zeigt das Beispiel des 1975 errichteten amerikanischen Raketenabwehrsystems "Safeguard". Dessen atomare Spartan Raketen sollten, durch Radar geortete, feindliche Flugkörper in etwa 1ookm Höhe vernichten. Um hierbei enorme EMP's auszulösen worden wären, wurden die einhundert Raketen wieder abgebaut noch bevor das System ein Jahr alt war.
Ein anderes Beispiel für die Wichtigkeit dieses Phänomens lieferte der allseits verhaßte US Außenminister Haig!
Er erklärte, daß es einen NATO-Plan gibt, der einen atomaren "Warnschuß"(vielleicht im Rahmen der 'Vorwärts Verteidigung') über dem Land des Gegners vorsieht. Das Besondere an diesem Plan sei, daß niemand dabei Schaden nimmt.
Jetzt wird Reagans Gerede von einem möglichen, begrenzten Atomkrieg vielleicht verständlich!

Die Militärelektronik Experten sind jetzt dabei Versuche durchzuführen, um die elektronischen Geräte gegen den EMP immun zu machen. Dies ist aber ein sehr schwieriges Problem, da dieser Impuls um ein Vielfaches stärker ist als ein Blitz.
Als nicht zerstörbar haben sich bisher die alten Röhrengeräte erwiesen. Eine Rakete, die mit diesen Röhren, also ohne die miniatur IC's (Integrierte Schaltungen und Mikroprozessoren) und den darin befindlichen Transistoren, ausgestattet würde, hätte vermutlich die Größe einer Turnhalle - und als sowas ähnliches ließe sie sich wohl auch nur benutzen.

Festzuhalten bleibt, daß ein gezielt eingesetzter EMP die Möglichkeit eines Krieges zwischen den Supermächten - unter Ausschaltung des Atomwaffenpotentials des Gegners erleichtert!



Startbahn West

Diese Artikel mit den Geschehnissen,Reflektionen und der Konzeption hätte schon in der Jan/Feb.Ausgabe der Aktion erscheinen müssen.Dies war uns allerdings aus mehreren Gründen nicht möglich und wir drucken ihn ab auch wenn er zeitlich nicht mehr auf dem neusten Stand ist.
d.Red.

Ein häufiges Argument mit dem Startbahngegner konfrontiert werden, lautet:
seit über 15 Jahren werde der Bau dieser Startbahn geplant, doch erst seit drei Jahren (vor drei Jahren wurde die Bürgerinitiative gegründet) entrüsten sich angeblich die Bewohner der Anlieger-Gemeinden dagegen. Die "rechts-staatlichen" Mittel den Bau zu verhindern, seien nicht ausgenutzt worden. Somit fehle dem Widerstand jede Legitimation.

Welche Erfahrungen mußten, entgegen diesem Vorwurf, die Bürger mit "ihrem" Staat machen, bis ihr Interesse für den Startbahn-Bau und ihr Engagement sich, zumindest teilweise, in konkreten Widerstand dagegen verwandelte ? Wie sieht aber die Wahrheit wirklich aus ?

Pläne für den Bau der Startbahn 18 West existieren seit 1964. Ein Mörfelder Gemeindepfarrer gründete bereits 1965 die "Interessengemeinschaft gegen Fluglärm" mit damals 30 Mitgliedern (heute: 35 Mitglieder). Diese Interessengemeinschaft initiierte etliche Einsprüche gegen die Vorhaben der Flughafen Aktien Gesellschaft (FAG). Diese Einsprüche führten zu einer langen Kette von Gerichtsverfahren.
1968 beim ersten Planfeststellungsverfahren widersetzten sich 4.000 Bürger per Einspruch den Erweiterungsplänen der FAG. Verfahrensfehler erforderten damals einen zweiten Planfeststellungsbeschluß, gegen den 1971 bereits 9.000 Bürger Einspruch erhoben.

Bis 1978 wurde um den Flughafenausbau erfolglos prozessiert!

Es war abermals der Mörfelder Gemeindepfarrer Oeser, der nun die Initiative für einige Treffen ergriff, auf denen Möglichkeiten des weiteren Widerstandes gegen den Bau der Startbahn West diskutiert wurden. Im Herbst 1978 wurde dann die "Aktionsgemeinschaft gegen die Flughafenerweiterung" gegründet.
Da zunächst nur auf Mörfelden-Walldorf beschränkt, wurde am 20.1.1979 die regionale Aktionsgemeinschaft gebildet, die sich etwas später in "Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Frankfurt" umbenannte.
Den ersten Demonstrationsaufrufen der BI im Frühjahr 1979 folgten bereits 3.000 bis 4.000 Menschen. Die Zahl der Aktiven in der BI stieg sehr rasch an, so daß recht bald eine Organisationsstruktur beschlossen wurde, die die BI hand-

lungsfähiger machen sollte. Beschlossen wurde der Aufbau neuer BI-Ortsgruppen. Innerhalb kürzester Zeit entstanden sieben Ortsgruppen, die in regelmäßigem Turnus ihre Sitzungen abhielten. Bis heute stieg die Anzahl der Ortsgruppen auf fast fünfzig.
Einmal monatlich findet seit diesem Beschluß zum Organisationsaufbau ein Plenum der Gesamt - BI statt. Weiterhin wurde ein Leitungsteam gebildet, in das jede Ortsgruppe einen Deligierten entsendet.
Diesem Koordinationsausschuß (KO) wurde später ein öffentlich tagendes Deligiertentreffen zur Seite gestellt, welches die Plenen der Gesamt-BI vor- und nachbereiten soll.

Bis Januar 1980 sammelte die BI 30.000 Unterschriften gegen den Bau der Startbahn. Als die Unterschriftenlisten am 2. Februar 1980 durch 500 Startbahngegner der Landesregierung überreicht werden sollten, weigerte diese sich die Listen in Empfang zu nehmen.

Bis ins Frühjahr 1980 hinein beschränkten sich die Maßnahmen der Startbahngegner auf's Petitionieren, Unterschriftensammeln, Informieren und das Abhalten öffentlicher, friedlicher Protestkundgebungen und Demonstrationen.

Am 3. Mai 1980 erfolgte dann ein erster Schritt aktiven Widerstandes im Wald: Mitglieder der Bürgerinitiative bauten eine Widerstandshütte im damaligen Flörsheimer Wald - auf dem Gelände der geplanten Startbahn. Die BI-Hütte war von nun an Treffpunkt und Informationszentrum für die Startbahngegner und ihre Sympathisanten.
Im Juli 1980 ordnete der "Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr" Karry den "sofortigen Vollzug", also den sofortigen Beginn der Bauarbeiten für die Startbahn an. Zu einer Protestkundgebung versammelten sich daraufhin 3.000 Menschen in Mörfelden.

Am 31.August 1980 folgten bereits 10.000 Menschen dem Aufruf der BI zu einer Großkundgebung auf der Düne, südlich des Flughafens.
Am 10. Oktober 1980 genehmigte der Verwaltungsgerichtshof in Kassel den Bau der Startbahn. Am darauffolgenden Sonntag legen ca. 1.000 Fahrradfahrer den Terminalbetrieb auf dem Flughafen für eine Stunde lahm.

Dies war die erste massenhaft durchgeführte Blockadeaktion. Sie verlief friedlich, nicht nur weil sie das spätere Konzept des aktiven und gewaltfreien Widerstandes vorwegnahm, sondern auch weil die Polizei sich noch zurück hielt.
Direkte Aktionen gaben dem Widerstand von nun an eine neue Qualität.

Ab 20. Oktober 1980 begannen Holzfäller im Auftrage der FAG mit ersten Rodungsarbeiten. Die sofortigen Proteste der Hüttenbewohner und der alarmierten Bürger erzwingen jedoch die Einstellung der Arbeiten.
Der Beginn der Bauarbeiten verbreiterte im Nu den Widerstand der Startbahngegner. 3.000 Menschen versammelten sich am 26. Oktober zur Wiederaufforstung der gefallenen 40 Bäume und zur symbolischen Beerdigung der Demokratie im Wald.

Als vorzeitig bekannt wurde, daß im Morgengrauen des 28.10.80 die Rodungsarbeiten unter Polizeischutz fortgeführt werden sollten versammelten sich abermals 3.000 Menschen im Wald, um das zu verhindern.
Die Aktion lief jedoch insofern ins Leere, als das grüne Rodungskommando sich erst um die Mittagszeit zeigte. Da waren aber nur noch ca. 100 Leute anwesend. Die nun über Funk, Telefon und Kirchenglocken alarmierten Startbahngegner mußten hinter Stacheldraht den Rodungen zusehen. 7 ha Wald wurden zerstört!

Am Sonntag den 2. November1980 versammelten sich über 15.000 um nach einer Kundgebung am Waldrand von Walldorf zur BI - Hütte und dann zum Zaun zu laufen, der nun das gerodete Gelände begrenzte.
4 Tage später demonstrierten 6.000 Menschen in Wiesbaden, während Ministerpräsident Börner die Argumente der Bürgermeister der Anliegergemeinden anhörte.
Eine weitere bundesweit organisierte Demonstration fand am 7.12.80 mit etwa 15.000 Teilnehmern in Rüsselsheim statt.

Um diese Zeit fällt auch die Entstehung des Widerstandsdorfes rund um die BI-Hütte. Ein Jahr später bei seiner Zerstörung durch die Bullen wird es ca. 60 Hütten zählen.

Hier ist wohl ein erster Punkt erreicht auf den allmählichen inneren Wandel im Bürgerprotest hinzuweisen. Über Jahre hinweg hatte er sich auf verbale und symbolische Protestgebärden beschränkt. Ernsthafte Bemühungen die Startbahn auf juristischen Wege zu verhindern, können nur der oben erwähnten "Interessengemeinschaft gegen Fluglärm" zugesprochen werden. Der Baubeginn, ja bereits seine Ankündigung erfordern aber bereits einen möglichst breiten - vor allem aber, einen konkreten Widerstand, der über symbolische Willenskundgebungen hinausweist. Schritte hin zu diesem konkreten Widerstand waren dann der Bau der BI - Hütte und des Widerstandsdorfes im Wald mit der Perpektive die Bauarbeiten blockieren zu können. Dann die Flughafenblockade, ein Mittel mit dem die FAG selbst ökonomisch angegriffen wird. Diese Blockaden werden künftig noch häufig durchgeführt werden.
Die durchgeführten Protestdemonstrationen und Kundgebungen haben für die meisten Startbahngegner aber nach wie vor eine symbolische Bedeutung.



Dies wurde gerade bei jener Demonstration vor dem Bauzaun am 2. November 1980. Hier war es zu Rangeleien zwischen Demonstranten aus den umliegenden Großstädten, also aus Wiesbaden und Frankfurt, die nicht bereit waren den Zaun zu akzepieren, und Demonstranten aus den Anliegergemeinden gekommen. Letztere schützten den Zaun schließlich selbst durch Kettenbildung vor den militanteren Demonstranten. Die hinter dem Bauzaun postierte Polizei war in der glücklichen Lage die friedlichen Demonstranten loben zu können. Gegen die anderen setzte sie Wasserwerfer ein.

Um ein derartiges Debakel unter den Startbahngegnern künftig zu vermeiden, entschlossen sich Libertäre aus den Großstädten in der BI selbst verstärkt aktiv zu werden. Die Zusammenarbeit mit den unterschiedlichsten politischen, kirchlichen und gewerkschaftlichen Strömungen innerhalb der BI gelang nur deshalb, weil wir in der Lage waren die eigene politische Konzeption hintenan zu stellen und in taktischen Fragen Zugeständnisse zu machen. Ziel war es ein Vertrauensverhältnis, trotz all der offensichtlichen Unterschiede durch die ständige Erfahrung gegenseitiger Hilfe, Rücksichtnahme und Verbindlichkeit zu schaffen. Dies ist nur zu einem Teil gelungen. Es konnte nicht verhindert werden, daß auch in der BI sehr viel taktiert und gemauschelt wird, um unliebsame Positionen leichter abbügeln zu können. Bislang herrscht aber bei allen zumindest die Einsicht vor, daß der Widerstand gegen die Startbahn nur gemeinsam möglich ist. So entsteht die Notwendigkeit sich bei jeder Entscheidung erneut zusammenzuraufen.
Entscheidungen zu treffen heißt in der BI immer Kompromisse zu finden, die alle akzeptieren können. Unter Umständen heißt das aber auch Entscheidungen nur aus taktischen Gründen mitzutragen, da sie nach der eigenen Einstellung falsch sind. Nur so konnten bislang alle Spaltungstendenzen vermieden werden.

Hier mag sich der eine Typ oder die andere Frau die Frage stellen, was Anarchisten mit der Mitarbeit in einer Bürgerinitiative eigentlich wollen. Geht es darum berechtigten Bürgerprotest nur vor den Karren der eigenen politischen Ziele zu spannen? Ein Vorwurf, den gewisse Papageien nicht aufhören können nachzuplappern ! Hier ist ein ganz entschiedenes NEIN angebracht !

Wir sind durch den Startbahnbau natürlich genauso getroffen, wie jeder andere Bewohner des Rhein-Main-Gebietes auch. Für unser Gefühl und nach unserer Einschätzung ist der Bau der Startbahn West nur der weitere Schritt zur endgültigen Vernichtung unseres unmittelbaren natürlichen Lebensraumes durch ein suicidsüchtiges System, das seinen Gesetzen des ökonomischen und

technologischen Wachstums, der Profitmaximierung und progressiven Kapitalverwertung, der immer weiter fortschreitenden Expansion staatlicher Macht, ihrer bürokratischen Arroganz, ihrer repressiven Fürsorge und ihrer brutalen polizeilichen und militärischen Gewalt – bis zum bitteren Ende folgt.

Wir wissen, daß wir gegenüber der gewalttätigen Logik dieses Systems keine Chance, keine Zukunft haben – no future !

Aber noch haben wir die Kraft zu leben. – Wir setzen dieser Logik unsere diffuse Utopie, eines selbstbestimmten individuellen und kollektiven Lebens entgegen. Unsere politische Perspektive ist ein politisch und ökonomisch autonomes Rhein-Main-Gebiet in einem internationalen Bund selbstbestimmter Regionen.

Wir spannen niemand vor unseren politischen Karren, weil wir nur unsere persönliche politische Einstellung einbringen. Wir sind und wir wollen keinerlei Organisation zur Manipulierung des Widerstandes. Unsere politischen Einstellungen sind nichts anderes als die nüchterne Feststellung der ökologischen und gesellschaftlichen Realität und ihrer notwendigen Alternativen.

Die Startbahn 18 West ist ein technologisch-ökonomisches Großprojekt auf die das herrschende System aber auch aus militärischen Gründen nicht verzichten kann. Der Bau der Startbahn in Frankfurt wird für dieses System zu einer Existenzfrage. Der harte Kurs, den deshalb FAG und Landesregierung gegen die Startbahngegner fahren, wird viele Startbahngegner die Illusionen über die politischen Realitäten rauben. Ziel der Libertären ist es nun den Drang der Startbahngegner (innen) zu handeln, in das Bewußtsein der Notwendigkeit der eigenen direkten Initiative zu verwandeln. Dies kann nur geschehen über die gemeinsamen Erfahrungen des praktischen Widerstandes, als auch über die Diskussion um die aktuellen Maßnahmen und deren politische Einordnung.
Nur so wächst die Bereitschaft – oder besser: kann sie wachsen – anders zu leben und die heutigen politischen, ökonomischen und technischen Systeme ersetzen zu wollen.

Zurück zu den Ereignissen um die Verhinderung des Startbahnbaues: im Februar 1981 führte die hessische Landesregierung ein Landtagshearing zum Startbahnbau durch, um die schwindende politische Legitimation ihrer Handlungen in der Öffentlichkeit zu verschleiern. Das Hearing war nichts weiter als eine Farce. Schon vor dem Beginn hatte Wirtschaftminister Karry erklärt: die Startbahn werde gebaut, egal wie das Ergebnis des Hearings aussehen werde!
Trotzdem nahm ein Vertreter der BI daran teil. Dies wurde damit begründet, daß ein Boykott in der Öffentlichkeit nicht zu vermitteln gewesen wäre. Das Hearing bot aber auch Anlaß für zwei große Demonstrationen in Wiesbaden.

Während einer dieser Demonstrationen gelang es den schwerbewachten Landtag mit einer LKW-Ladung Bäume einzudecken.

Im Allgemeinen aber waren die Monate von Dezember 1980 bis September 1981 eher von politischen Aktivitäten geprägt, als von direkten Aktionen der Startbahngegner.
Da waren zunächst die hessischen Kommunal – Wahlen im Frühjahr, die im Zeichen des Durchbruchs der grünen Partei und der grünen Listen standen. Die Grüne Liste erhielt in Mörfelden-Walldorf 25% der Stimmen. Im Kreistag von Groß-Gerau erhielten die Grünen 12% der Mandate. Ähnliche Erfolge konnten sie in Frankfurt, Offenbach, Marburg, Kassel und zahlreichen anderen hessischen Gemeinden erzielen. In Wiesbaden gelang der Wiesbadener Liste (WiLi) ein derartiger Durchbruch nicht, da ihr mögliches Wählerpotential antiparlamentarisch eingestellt ist und die Wahlen weitgehend boykottierte.
Für die Mehrzahl der Startbahngegner aber demonstrierten diese Wahlen, daß sie nicht grundsätzlich diese "Demokratie", sprich die "repräsentative Demokratie" zu Grabe tragen wollten, sondern lediglich einige ihrer Repräsentanten der drei etablierten Parteien.
Gegenüber diesem, die direkte Demokratie negierenden Legalismus, waren und sind die Libertären zahlenmäßig in der Minderheit und politisch in der Defensive. Da die Voraussetzungen für eine politische Gegenpropaganda fehlen, bestehen zunächst nur zwei Möglichkeiten der indirekten Einflußnahme. Sie bestehen einmal darin die Ansätze direkter Demokratie in der BI – Struktur selbst zu fördern um über die direkte Erfahrung mit dieser Art von Demokratie auf ihre allgemein politische Notwendigkeit aufmerksam zu machen. Zum anderen, um über den poltischen und militanten Widerstand die Illusionen über das herrschende System Punkt für Punkt aufzubrechen.

Es könnte nun den Anschein erwecken daß die Bestrebungen den Startbahnbau per Volksbegehren und Volksentscheid zu stoppen, für die Mehrheit der BI-Mitglieder und der Sympathisanten einen Schritt hin zur direkten Demokratie bedeutet. – Ist dem so ?

In ihrem Artikel 116 sieht die Hessische Landesverfassung aus dem Jahre 1946, Volksentscheide zur Verabschiedung von Gesetzen vor. Eingeleitet wird das Verfahren zur Durchführung eines Volksentscheides mit einem Volksbegehren. Das Volksbegehren ist ein Verfahren dem Landtag einen Gesetzentwurf zur Verabschiedung vorzulegen. Lehnt der Landtag den Entwurf ab, kann ein Volksentscheid stattfinden, bei dem alle Wahlberechtigten Hessens dem Entwurf direkt Gesetzeskraft verleihen, oder dies auch ablehnen können.

Alle Wahlberechtigten, aber nicht immer selbst Betroffenen in ganz Hessen, können also für die unmittelbar Betroffenen im Rhein-Main-Gebiet, die aber nicht alle wahlberechtigt sind "demokratisch entscheiden, ob die häßliche Betonpiste gebaut wird oder nicht

Mit direkter Demokratie hat das aber wenig zu tun, da diese Art von Demokratie immer unmittelbare Selbstbestimmung der direkt betroffenen Menschen meint.
Welches Recht hat z.B. ein Kasseler darüber zu entscheiden, ob diese Startbahn das Leben der Menschen im Rhein-Main-Gebiet wesentlich stört oder nicht ?

Die Entscheidung die Startbahn 18 West zu bauen oder nicht zu bauen, kann nach basisdemokratischen Grundsätzen nur ein Akt regionaler Selbstbestimmung sein Hinzu kommt, daß die Bestrebungen für ein Volksbegehren etwas anderes erfordern, als die basisdemokratischen Versuche einer Bürgerinitiative. Sie verlangen vielmehr einen Kopf politischer und juristischer Spezialisten. Dann erfordert sie eine Organisation von Verbänden, die geeignet ist durch ihre fachliche und politische Kompetenz, die Werbekampagnen für dieses Unternehmen auf die Beine zu stellen. Schließlich benötigt dieses Unterfangen die Masse der Engagierten, bei denen oft nicht klar ist, in wie weit sie sich selbst engagieren, bzw, in wie weit sie engagiert werden.
Sie bilden das Fußvolk, das die Kleinarbeit vor Ort im Rahmen der 'oben' ausgetüftelten Kampagnen erledigt.
Genau diese hierarchisierende Arbeitsteilung findet sich bei der im Mai 1981 gegründeten "Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren":
- da sind die politisch-juristischen Theoretiker, allen voran der Frankfurter Magistratsdirektor und Amtsjurist Alexander Schubart;

- weiterhin die Verbände, die die "Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren" bilden:
1. Gemeinnütziger Verein zur Förderung des Volksbegehrens e.V.
2. Deutscher Bund für Vogelschutz Landesverband Hessen
3. Hessische Gesellschaft für Ornithologie und Naturschutz
4. Bund für Umwelt und Naturschutz
5. Bundesverband der Bürgerinitiative Umweltschutz e.V.
6. Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Rhein/Main

- die Masse der aktiven Startbahngegner ist natürlich in der BI organisiert.

Es liegt auf der Hand, daß sich diese organisations-politische Hierarchie auch praktisch politisch bei der Herausbildung der Schwerpunkte der BI-Strategie wiederfindet: Folgt man der offiziellen BI-Strategie, bewegt sich der Startbahnwiderstand auf "zwei Beinen" hin zum Erfolg. Das eine Bein ist das politische. Nach Auffassung der BI kann die Startbahn nur politisch, d.h.

Uom: das Volksbegehren und den Volksentscheid verhindert werden. Dies ist damit auch der eindeutige Schwerpunkt der BI-Strategie. Das andere Bein dient dazu die politische Verhinderung der Startbahn West zu unterstützen. Es ist das "Bein" des aktiven, gewaltfreien Widerstandes. Der aktive und gewaltfreie Widerstand der Startbahngegner soll die Bauarbeiten im Wald direkt behindern, die FAG durch finanzielle Einbußen direkt treffen und auch die Landesregierung durch ständige massivste Polizeipräsenz und -ausschreitungen finanziell und politisch schädigen.

Der Widerstand legitimiert sich für die meisten Startbahngegner als ein Akt der Empörung über die Aushöhlung von in der Verfassung verbrieften Rechten - nach dem Motto: "wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht". Das über die Startbahn-Verhinderung hinausweisende politische Ziel ist damit angedeutet: die Verfassung soll wiederhergestellt werden. Die Landesregierung und der Landtag sollen wieder die Interessen ihrer Wähler repräsentieren und umsetzen.

Die politischen Vorstellungen der Starbahngegner bewegen sich durchweg in legalem Rahmen. Der Widerstand steht und fällt mit dem Erfolg oder Mißerfolg des Volksbegehrens/Volksentscheides. Selbst illegale Aktionen wie der Bau der BI - Hütte und des Widerstandsdorfes und nichtangemeldete Demonstrationen werden als notwendige Übel auf dem Wege zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Rechte verstanden.

Dieser Legalismus hat der Bewegung zu der politischen Kraft und breiten Verankerung in der Bevölkerung verholfen, die sie heute besitzt. Was aber geschieht wenn die Mächtigen der BRD die formalen demokratischen Rechte der Bevölkerung weiterhin mit Füßen treten werden? Was geschieht,



wenn ein per Volksentscheid verabschiedetes Gesetz vom Bundesgerichtshof wieder aufgehoben wird? Was ist, wenn sich erweisen sollte, daß die neue Startbahn vornehmlich wegen der US Air Force gebaut wird? Die Amerikaner besitzen die Möglichkeiten, unter Umgehung aller für den Zivilbereich geltenden Beschränkungen, die Startbahn selbst zu bauen, wenn sie dies für erforderlich halten und der politisch geschicktere Umweg über die FAG nicht mehr gangbar ist.

Dem Startbahn-Widerstand wird über kurz oder lang die Luft ausgehen, wenn es ihm nicht gelingt dem Scheitern seiner legalen politischen Mittel, das zu befürchten ist, ein politisches Konzept entgegenzustellen das über das gegenwärtige ökologische und gesellschaftliche System hinausweist.

Zurück zu den Ereignissen: gegen Sommerende verdichteten sich die Gerüchte, daß mit baldigem Baubeginn der Startbahn West und mit weiteren Rodungen zu rechnen sei. Das bedeutete auch die Gefährdung vielleicht sogar die Räumung des Widerstandsdorfes im ehemaligen Flörsheimer Wald. Der praktische Widerstand wurde damit wieder auf die Tagesordnung gesetzt.

Es gelang, daß die unterschiedlichsten Startbahngegner sich auf eine gemeinsame Vorgehensweise einigen konnten. Das Konzept des gewaltfreien, aber aktiven Widerstandes war geboren worden. Dieses Konzept drängte die Furcht der einen von gewalttätigen Chaoten politisch diskreditiert zu werden und die Furcht der anderen von anonymen Dirigenten in der BI benutzt und manipuliert zu werden erst mal in den Hintergrund.



In der Nacht von Montag den 4.10. 1981 auf Dienstag den 5.10. löste die BI Alarm aus. Bereits vorher waren auf dem Flughafengelände 12.000 Polizisten zusammengezogen worden. Auf dem im Vorjahr abgeholzten 7 ha - Gelände sollten die Bauarbeiten beginnen.

Der Bauplatz wird jedoch vorher von den Startbahngegnern in eine Festung des aktiven und gewaltfreien Widerstandes verwandelt: ein dreieckiges Gelände wurde mit Wall, Wassergraben und Turm gesichert - dahinter hockten dichtgedrängt die Startbahngegnerinnen und -gegner.
Pkw-Blockaden verhinderten zunächst das Vorrücken der Bullen. Als sie schließlich das Dreiecksgelände abriegelten, hatten sie keine Chance, bo der Menschenleiber, auch nur einen Fuß darauf zu setzen. Durch die zahlreich vertretene Presse war es für sie unklug mit brutaler Gewalt vorzugehen. Erst am darauffolgenden Tage, an dem nicht mehr so viele Startbahngegner anwesend sein konnten, gelang ihnen die vollständige Besetzung des 7 ha - Geländes. Erst jetzt waren die Demonstranten an den Rand des Baugeländes, das nun durch Stacheldrahtrollen gesichert wurde, gedrängt worden. Gleichzeitig begannen nun Bauarbeiter entlang der Okrifteler Straße eine Schandmauer aus Beton zu errichten, damit die Bauarbeiten künftig ungestört von statten gehen können.
Beides, Stacheldrahtrollen und Mauer wurden nun immer weniger akzeptiert. Äste und Zweige wurden auf den Stacheldraht gelegt. Der Stacheldrahtkranz auf der Mauer abmontiert. Stöcke und Farbbeutel auf die andere Seite geworfen. Auch von dem zweiten BI - Turm am Waldrand tönte es allmählich anders. Dominierten am Anfang eher die pauschalen Besänftiger, so wurden immer mehr all' die Störaktionen gutgeheißen, die dem aktiven und gewaltfreien BI-Konzept entsprachen, die keinen Menschen verletzen konnten und trotzdem Bauarbeiten und Bullenstrategie störten.

Dies reichte aus, daß die Bullenführung die militärische Eskalation suchten. Brutalste Ausfälle gegen die Demonstranten mit vielen Schwerverletzten (Schädel-, Knochenbrüchen und inneren Verletzungen) zu deren Legitimation immer dieselbe Lüge von den gewalttätigen Chaoten herangezogen wurden, um die eigenen Schreckenstaten zu bagatellisieren, waren die politische Bankerotterklärung der Landesregierung und aller Landtagsparteien.
Am 12. Oktober wurde dann der Holzturm am Waldrand ebenfalls geräumt. Trotzdem nahmen die Proteste am Rande des Baugeländes kein Ende.

Zur bisher entscheidendsten Zuspitzung im Startbahnkonflikt kam es dann mit der Räumung des Widerstandsdorfes, die zufällig am selben Tag erfolgte als die AG Volksbegehren ihren Gesetzentwurf der Öffentlichkeit vorstellte. Nun war plötzlich die ganze Region in Aufruhr. Tägliche Demonstrationen in Frankfurt, Darmstadt, Wiesbaden, am Bauplatz; Demonstrationen in fast allen Städten und Dörfern im Einzugsbereich des Flughafens - Demonstrationen auch in vielen Städten der BRD.

Vor allem in Frankfurt gab es nun auch wieder Bullenübergriffe, bei denen sie beweisen konnten, was für perfide Sadisten dort ihr Unwesen treiben dürfen. Genannt werden müssen hier die Ereignisse in der Frankfurter Rohrbachstraße in der Nacht vom 3. auf den 4. November bei denen zahlreiche Leute, die völlig friedlich sich verhielten bis in Hinterhöfe und Wohnungstüren verfolgt und zusammengeschlagen wurden.

Für den folgenden Samstag hatte die

Aus STERN Nr.8 18.Feb. 82 vorletzte Seite!

Flughafen Frankfurt: Pläne für die Krise

Bundesaußenminister Genscher und der amerikanische Botschafter Arthur Burns werden im März in Bonn einen Vertrag unterschreiben, dessen wichtigster Bestandteil bereits vor einem Jahr in einem Abkommen fixiert wurde. Dieses »Unterbringungsprogramm in Krisenzeiten«, so behauptete der amerikanische General Jim Allen vor dem Verteidigungsausschuß des Repräsentantenhauses, sichere im Krisenfall den Amerikanern »den Zugang und die Nutzung aller Einrichtungen des zivilen Teils des Rhein-Main-Flughafens in Frankfurt, eingeschlossen der Bodenfahrzeuge, der Frachtanlagen und anderer Flughafenausrüstungen«. Auf der bisher geheimgehaltenen Sitzung im März 1981 klagten Allen und sein damaliger Kollege, General Volney F. Warner, wie schwierig es sein werde, wenn im Krisenfall gemäß bestehender Nato-Verteidigungsplanung zusätzlich sechs US-Divisionen nach Europa gebracht würden. Dazu seien mehr Flugzeuge und mehr Landemöglichkeiten erforderlich. Die amerikanische Luftwaffe hätte daher in Zusammenarbeit mit den deutschen Behörden zivile Ausweichflughäfen in ihre Planung einbezogen, die freilich noch umgerüstet werden müssen – durch Munitionsdepots, Wartungshallen und Unterbringungsmöglichkeiten. Die beiden Generäle: »Es ist dies ein Programm, auf das wir sehr stolz sind. Wir haben schon mit den Stationierungs-Nationen eine Reihe von Abkommen für solche speziellen Flughäfen abgeschlossen.«
Eines dieser Abkommen betrifft Frankfurt. Amerikanische Militärs sind sich ohnehin einig, daß der Flughafen Frankfurt zum Herzstück der US-Verteidigungsplanung gehört. Es bestehe kein Zweifel, daß er der Umschlagplatz für die sechs zusätzlichen US-Divisionen sei. Daraus erkläre sich der Umbau im großen Stil. Die Enthüllungen der US-Generäle sind peinlich für die hessische Landesregierung und die Bundesregierung, die bisher die Übernahme des Frankfurter Flughafens durch US-Militärs in Krisenzeiten nicht bekanntgegeben haben.
Uwe Zimmer

BI eine Großdemonstration mit 30.000 Teilnehmern am Bauplatz initiert. Es sollte versucht werden, daß weitgehend entkleidete Startbahngegner gefolgt von den übrigen Demonstranten, das von der Polizei besetzte Gelände betreten zu können, um auf diese Weise den Platz wiederzubesetzen.

Diese Demonstration wird heute noch als der große Entspannungsversuch hochgespielt, weil der Herr Grieß, seines Zeichens hessischer Innenminister sich als der große weiße Vater zur Schau stellte, mit fünf halbe bekleideten "Wilden" verhandelte, also lediglich ein paar belanglose Sätze mit ihnen wechselte.

Das faktische Scheitern der Besetzungsaktion zeigte nun auch der BI, wie sie an ihre Grenzen vorstieß und Gefahr lief von den Ereignissen überrollt zu werden. Warum es nicht gelang, die NATO-Drantrollen auf breiter Front mit Teppichen zu überlegen, um dann langsam auf den Platz zu gehen, ist bis heute nicht geklärt. Einige psychische Aspekte spielen da gewiß eine Rolle:

- die Angst vor eigener Stärke als Massenbewegung und die Unfähigkeit mit dieser anderen, neuen Qualität von politischer Stärke umgehen zu können
- daraus resultiert auch, daß die Angst bei einigen BI-Mitgliedern gegenüber den eigenen Reihen größer war als gegenüber den Bullen
- so wird denn auch die Kontrollsucht dieser BI'ler bei allen gemeinsamen Aktionen verständlich Diese Negierung der Eigenverantwortlichkeit und der Eigeninitiative der Mehrzahl der Startbahngegner entspricht nicht gerade den Grundsätzen einer Basisbewegung.

Fest steht weiterhin, daß es vor der Aktion im Wald Gespräche zwischen BI-Vertretern und der Polizei gab. Fest steht auch, daß BI - Vertreter sich um diese Gespräche selbst bemüht hatten zumindest zeitweise. Allerdings ist nicht erwiesen, ob es bei den Gesprächen zu irgendwelchen Absprachen gekommen ist. Die betreffenden BI'ler hatten das bestritten. Zweifel und Mißtrauen hat hat das nicht völlig beseitigen können, obwohl klar herauskam, daß einigen Leuten die Situation und ihre persönliche Verantwortung dabei über den Kopf gewachsen war.

Weiterhin war die BI, und hier insbesondere der Teil, der voll und ganz hinter der Idee stand, mit nacktem Oberkörper über den Zaun zu gehen, nicht in der Lage das eigene Konzept in die Tat umzusetzen.



Schließlich haben es geschickt eingesetzte "Zivile" in den vorderen Reihen verstanden, Unsicherheit und Verwirrung zum weiteren Chaotisieren der Situation auszunutzen.

Das klägliche Scheitern dieser Aktion hat der Bewegung der vorangegangenen Woche seit der Hüttendorfräumung die Luft genommen. Für viele Startbahngegner kam diese Verarschung von Grieß einer offenen Rechnung gleich. Ihre Begleichung sollte denn auch nicht zu lange auf sich warten.

Zunächst jedoch demonstrierten 200.000 Menschen am 14.11. zur Abgabe der Unterschriften für das Volksbegehren. Allein bei der Zahl der Demonstranten wurde wohl auch dem letzten hessischen Regierungsmitglied klar, daß es allmählich Zeit wird nach einem neuen Job Ausschau zu halten. Auf der Abschlußkundgebung rief die BI zur Blockade des Frankfurter Flughafens am folgenden Tag für den Fall auf, daß die Forderung nach einem Moratorium, d.h. nach sofortigem Baustopp, nicht bis 12.00 Uhr dieses Tages erfüllt werde. Einige Ortsgruppen der BI hatten bereits zuvor beschlossen, die Mauer im Wald zu berennen bzw. die Okriftelerstraße zwischen Flughafen und Bauplatz zu inspizieren.

Die Flughafenblockade und das gleichzeitige Berennen der Mauer, waren rein vom Ablauf her ein voller Erfolg und eine Demonstration eigener Stärke.

Danach war bestimmt jedem Startbahngegner klar, daß alle offiziellen Stellen FAG, Landesregierung Bullen und Parteien Gift und Galle spucken werden.
Illusionen dagegen gab es über die Reaktionen in der Presse, die in den letzten beiden Wochen meist recht positiv berichtet hatte. Nicht nur daß sie nun die offiziellen Versionen über die Ereignisse rund um den Flughafen übernahm. In ihren Kommentaren bescheinigte sie der Anti-Startbahnbewegung ihr politisches Kapital zu verspielen.

Die allseits negativen Reaktionen auf die Ereignisse um den Flughafen ließen auch in der BI die alten Gegensätze und Ängste wieder zu Tage treten. Entsprechend war dann auch die Art und Weise, wie die BI offiziell ihr Verhältnis zu dieser Aktion gefunden hat - alles in allem nicht sehr überzeugend. Man kann eine Aktion nicht gleichzeitig als Fehler und als Erfolg werten - nur weil die Öffentlichkeit Sympathie für Opfer hat und die Blockade ein erfolgreicher Angriff war.



Sieht man die Flughafenblockade im Nachhinein nur durch die Brille des Volksentscheides erscheint sie zweifellos als ein Schuß, der nur nach hinten losgegangen ist. Wenn aber der Volksentscheid das einzige Mittel von uns ist die Startbahn zu verhindern, wird die Startbahn gebaut, egal ob das hessische Volk ein Gesetz verabschiedet, das dies verbietet oder nicht.

Der Startbahnwiderstand hat dagegen dann eine Chance auf Erfolg wenn alle Menschen die am Widerstand beteiligt sind die legalen politischen Maßnahmen, die direkten Aktionen, die Organisation beider als Lernprozeß verstehen. Ein Lernprozeß, der, wenn er realistisch und konsequent betrieben wird, unser aller Leben verändert.

Startbahn-West

UNSER WIDERSTANDS - KONZEPT

"Wir sind die Bürger des Rhein-Main-Gebietes, die den Bau der Startbahn West verhindern wollen, und die sich zu diesem Zwecke in örtlichen Bürgerinitiativen zusammengeschlossen haben. Wir versuchen durch zentrale Treffs, (...), die Meinungen aller am Widerstand beteiligten Personen zu sammeln, um daraus ein Konzept des Widerstandes zu entwickeln, das ein geschlossenes Handeln ermöglicht.

Wer die Breite des Widerstandes kennt, wird sich nicht wundern, daß dies ein schwieriges Unterfangen ist.

Das reicht von denen, die glauben, sie können mit einer Hand voll Leuten, wenn sie nur militant genug auftreten, die Startbahn und den Apparat, der sie vertritt, zu Fall bringen.

Das reicht bis zu denen, die meinen, mit ihren guten Argumenten könnten sie die Umweltzerstörer zurückhalten.

(...)

Unsere Stärke ist gerade, daß sich Menschen unterschiedlichster Weltanschauung und unterschiedlicher Lebensformen zusammengefunden haben zur Erreichung eines ganz konkreten Zieles.

EIN GRUNDLEGENDER KONSENS DER STARTBAHNGEGNER IST NOTWENDIG

Zur Erreichung dieses Zieles ist allerdings ein Konsens in ein paar ganz grundlegender Fragen erforderlich. Ohne diesen werden wir uns gegenseitig lahmlegen und nichts wünschen sich unsere Gegner mehr.

Dieser Konsens, (...), hat folgenden Inhalt:

1.

Ein Erfolg gegen die Startbahn West und damit ein Schlag gegen die Umweltzerstörende Politik der Landesregierung.

Er ist möglich, wenn es gelingt, die Mehrheit der Bevölkerung in dieser Region in unsere Aktivitäten einzubeziehen.

(...)

Ein Erfolg gegen die Startbahn West wird uns nicht beschieden sein und die Folge für weitere Umweltzerstörungen ist nicht abzusehen, wenn wir glauben, wir könnten auf die Mehrheit pfeifen und in einigen Scharmützeln der Landesregierung und ihrem Apparat militärische Niederlagen beibringen, und dies ohne Rückhalt in der Bevölkerung. Oder wenn wir glauben Methoden anwenden zu müssen, die diesen Rückhalt und die Bereitschaft mit hinauszugehen schwächen und gefährden.

Jeder muß sich fragen: ist sein Handeln geeignet, andere zum Widerstand zu ermuntern und zu befähigen, oder ist es geeignet andere zu gefährden, abzuschrecken und sich selbst zu isolieren.

(...)

Einen Brandsatz werfen und zu verschwinden ist leicht, 50 Leute dazu befähigen einer Polizeikette standzuhalten ist schwieriger, der politische Nutzen aber ein ganz anderer. Die Erfahrung der 50 wird sich multiplizieren, Abenteurertum wird uns auseinanderdividieren. Nur durch dieses Multiplizieren, durch das Anwachsen des Widerstandes, während eines langen Kampfes um unseren Wald, werden wir politisch gewinnen, anders nicht.

2.

(...)

Jetzt, wo die Auseinandersetzung sich zuspitzt, wo für einige die berufliche Existenz, die politische Karriere auf dem Spiel stehen, wo die Gegenseite keine Gelegenheit ausläßt, einzelne Personen und Teile unserer Bewegung zu kriminalisieren und zu diffamieren, wachsen Ängstlichkeit, Wankelmut und Versöhnungswille.

NACHRUF

Am 10. November 1948 wurde der alte Anarchist Willy Jelinek in Zwickau von russischen Offizieren verhaftet. Willy war nach dem Krieg einer der aktivsten Genossen. Die Zwickauer Gruppe, der er angehörte war die Koordinationsstelle im russischen Sektor.

Er wurde gleich in den berüchtigten Dresdener GPU-Keller verschleppt, es gelang ihm trotzdem mit seinen Genossen Verbindung aufzunehmen. Diese Verbindung riß jedoch plötzlich ab und über seinen weiteren Verbleib gab es keine Informationen - nur, daß er auf Grund des Kontrollratsgesetzes Nr. 38 (Tätigkeit im Sinne des Faschismus und Militarismus) verhaftet worden wäre!

Später wurde bekannt, daß Willy im ehemaligen NS-Konzentrationslager Sachsenhausen, das nun mit politischen Gegnern des kommunistischen Regimes belegt war, gefangen gehalten wurde.

Da man ihm aus Schikane von Anfang an die Arbeit verboten hatte, bekam er nur die niedrigste Essensration und litt dauernd unter Hunger.

1949 wurde Willy ins KZ Bautzen gebracht. Dort kam es am 13.März 1950, durch den mutwillig herbeigeführten Tod vieler Häftlinge an Tuberculose, zu einer Revolte. Die Gefangenen forderten Medikamente gegen TBC, genießbares Essen und das Recht öfter als 3monatlich Briefe von ihren Angehörigen bekommen zu dürfen. Eine Kommission versprach die Erfüllung der Forderungen.

Als sie 2 Wochen später wieder die "stinkende Runkelbrühe" vorgesetzt bekamen und die Wächter ihnen eine Erklärung präsentierten, wonach ihre unverschämten Forderungen abgelehnt wären, folgte auf der Stelle die zweite Revolte.

VoPo-Rollkommandos stürmten durch die Zellen und Krankenlager und erstickten den Protest in Blut.

Der Widerstand war nicht spontan ausgebrochen, sondern organisiert gewesen. Willy war eine der zentralen Personen dieser Revolten gewesen.

Am 24.3.52 kam dann die Rechnung: Willy Jelinek wurde von den Bluthunden des SED Regimes ermordet.

Auch die vielen hundert anderen Anarchisten haben die Lager nicht mehr verlassen.

Startbahn

Wir müssen darauf vorbereitet sein, daß dieses zunimmt. Es wird Gerüchte, Distanzierungen und Verleumdungen geben. Randerscheinungen unseres Widerstandes werden zum wesentlichen Inhalt.

Vorschläge werden kommen, die Auseinandersetzung irgendwo zu suchen, nur nicht im Wald oder an der Baustelle (...).

Die einen brauchen einen Grund, sich rechtzeitig absetzen zu können und andere meinen, es müßte doch auch ohne Konfrontationen gehen, es müßte eine Geste des Widerstandes den Widerstand ersetzen.

Wir lassen uns aber auch von dieser Seite nicht das Handeln diktieren.

WIR GEHEN AN DEN PLATZ
WO WIR AM MEISTEN STÖREN

(...)

Wir bekunden unsere Meinung und demonstrieren unsere Kraft nicht irgendwo, wo dies vielleicht besonders leicht ist oder von Staatswegen gerade noch erlaubt wurde.

Wir gehen auf den Platz, wo wir am meisten stören, wo die Betreiber ihr Vernichtungswerk mit Sägen, Bulldozern und Betonmischern beginnen wollen, wo es einem Eigentümer von Boden und Natur erlaubt ist, diese zu zerstören. Dies Gesetz, das dies erlaubt, ist ein menschenfeindliches Gesetz, ein Gesetz, das wir nicht akzeptieren und das wir verletzen.

Wir bleiben solange am Platz, wie es uns irgend möglich ist.

Dazu ist notwendig, daß wir uns schützen. Diesen Schutz will uns die Gegenseite madig machen, in dem sie von "Bewaffnung" und "Vermummung" spricht. Diese Worte sollen uns isolieren.

Der Schutz und damit die Dauerhaftigkeit unseres Widerstandes hat zwei Seiten. Den gemeinsamen Schutz bzw. Zusammenhalt, der aus einem Seil bestehen kann, aus einem Graben, bis hin zu Barrikaden aus Stämmen. Wir wollen uns nicht abhalten lassen, uns diesen Schutz zu schaffen. Wir werden also das dabei haben, was uns befähigt, diesen Schutz herzustellen.

Die andere Seite ist der Schutz unserer Gesundheit. Wer weiß, wie brutal die Gegenseite Chemikalien einsetzt, der stört sich nicht an einer Schutzbrille oder einem Tuch vor dem Mund, der ist vielleicht auch froh, wenn sein Nachbar die Wasserflasche dabei hat, mit der er sich die Augen spülen lassen kann.

Der eine oder andere hat schon Bekanntschaft mit Knüppelhelden gemacht und setzt sich deshalb einen Helm auf.

Für andere ist dies vielleicht Ausdruck dessen, was ich vorhin als militantes Abenteurertum bezeichnet habe. Laßt Euch durch solche Erscheinungen nicht auseinanderdividieren.

Nichts wäre denen willkommener.

(...)

(Aus: Umwelt Express, Walldorf, September 1981)



I.D.E.E. in Hannover !

I.D.E.E. heißt "International Defense Electronic Exposition", zu gut deutsch: "Internationale Militärelektronische Ausstellung", oder um es noch klarer auszudrücken, die IDEE ist eine internationale Messe, wo militärelektronische Waffen und deren Zubehör ausgestellt und den Waffenhändlern aus aller Welt angeboten werden. Es geht also um den Abschluß von Waffengeschäften oder zugespitzt ausgedrückt um die Vermittlung von technisch perfektioniertem Mord.

Die Idee zu einer militärelektronischen Ausstellung für alle drei Teilstreitkräfte verwirklichte die private britisch-amerikanische Gesellschaft RIVER COMMUNICATION zum ersten Mal 1972 in Chicago/USA.

Doch schon im zweiten Jahr wurde die, damals noch MEDE genannte Waffenmesse, durch gewaltfreie Aktionen und zahlreiche öffentliche Proteste aus Chicago vertrieben und anschließend für die gesamte USA verboten.

Auf der Suche nach einem neuen Standort wurde die River Communication (RC) in der BRD fündig. Die erste kommerzielle Waffenschau Deutschlands fand 1976 in Wiesbaden statt. Zunächst von der Öffentlichkeit nahezu unbeachtet, wuchs mit der Waffenmesse (76:5ooo, 79:9ooo Besucher) auch der Protest gegen diese und nachdem 1980 großer öffentlicher Widerstand- Protestbriefe, Demonstrationen, gewaltfreie Aktionen u.a.- gegen die MEDE den Waffenhändlern und Veranstaltern das Geschäft verdarb, stieg die Stadt Wiesbaden aus ihrem Vertrag mit der RC aus. Doch die RC nicht müde, fand schnell einen neuen Standort für ihre tödlichen Geschäfte:

HANNOVER !

Keine 3o km vom Antikriegshaus Sievershausen entfernt findet nun vom

18.Mai bis 20.Mai '82

parallel zur Internationalen Luftfahrtausstellung (ILA) die I.D.E.E. auf dem Messegelände von Hannover statt.

Was wird auf der I.D.E.E. gezeigt?

- Computer zur Steuerung von Raketen und Geschossen
- Nachrichtensysteme und Nachtsichtgeräte
- Luftabwehrelektronik und Radaranlagen
- Feuerleitsysteme und Laser-Warngeräte
- Funkkontrollgeräte und vieles andere mehr.

Die Elektronik hat in der Rüstung so massiv Einzug erhalten, daß die gesamten Verteidigungs- und Kriegsstrategien verändert wurden.

Ein Krieg läuft somit streng nach Programm. Derjenige gewinnt, rein technisch gesehen, der seine Computer am besten programmierte.

Die Hemmschwelle des Menschen, einen anderen Menschen zu töten, wurde mit jeder technischen Neuerung abgeschwächt. Was empfand der Mensch, der den Knopf drückte, um damit tausende von Kilometern weiter weg Menschen zu töten?

Wer kommt zur I.D.E.E. ?

Neben Militärs, Geheimdiensten und Rüstungsexperten haben bisher besonders die Länder der Dritten Welt Interesse gezeigt.

Die Rüstungsexperten und Militärs aus internationalen Spannungsgebieten wie: Nah-Ost, Chile, El Salvador Guatemala, Pakistan, Indonesien, Korea, und, und ... finden Kontakt zu

Rüstungsproduzenten wie AEG-Telefunken, Hoechst AG, Siemens, VDO Luftfahrtgerätewerk und vielen anderen.
Ist es zu verantworten, daß zB. Militärdiktaturen aus Lateinamerika sich zur Festigung und Ausweitung ihrer Macht mit militärelektronischen Spezialgeräten über die IDEE versorgen, und die BRD so zum Schauplatz internationaler Waffengeschäfte wird, die den Weltfrieden gefährden?
(wo ist denn der Weltfrieden heute? Es ist doch eher so, daß wir hier die letzten 400 Kriege nur nicht PERSÖNLICH mitbekommen haben. Red.)
Mit dieser Art von "Entwicklungshilfe" zeigen wir nur, wie wenig entwickelt wir selber sind, und wie wenig wir verstanden haben, was internationale Friedenspolitik heißt.

1980 mußten ca. 100 Mio. Menschen in aller Welt verhungern - gleichzeitig wurden mehr als 800 Milliarden DM für Rüstungsgüter ausgegeben!

Keine I.D.E.E. in Hannover
und anderswo !
Keine Rüstungsexporte mehr !

Weitere Informationen:

DOKUMENTATIONSSTÄTTE zu Kriegsgeschehen und über Friedensarbeit Sievershausen.
Kirchweg 4, 3160 Lehrte
Tel. 05175/3661

P.S.: "I.D.E.E. tötet" Aufkleber gibts dort für 0,10 DM/Stk.

BESCHÄFTIGUNGSPROGRAMM

Seit einigen Monaten gibt es bei den Parteien und Gewerkschaften Diskussionen um ein staatliches Beschäftigungsprogramm.
Angesichts der 2 Millionen Arbeitslosen und der andauernden Wirtschaftskrise soll der Staat eingreifen um den Karren aus dem Dreck zu ziehen.
Hier beginnen dann auch schon die Differenzen: wo soll investiert werden und wie soll alles finanziert werden?
Die SPD will in folgenden Bereichen investieren:
- beim Umweltschutz,
- beim Energiesparen,
- beim Arbeitsschutz und der Humanisierung der Arbeitswelt,
- beim Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs,
- zur Förderung der beruflichen Bildung.

Die CDU und Teile der FDP wollen bei
- der Einführung neuer Kommunikationsmittel (Kabel-TV),
- dem Bau zahlreicher neuer Atomkraftwerke,
- der Förderung des Mittelstandes
- der Rationalisierung von Arbeitsplätzen durch den Einsatz von mehr Microelektronik,
- der Förderung des privaten Wohnungsbaus

investieren. Außerdem sollen öffentliche Dienstleistungen privatisiert werden.

Der DGB fordert ein staatliches Programm für die besonders betroffene Bau-Branche. Es sollen 50.000 Sozialwohnungen (vielleicht von der Neuen Heimat ?) gebaut werden, wodurch 200.000 Leute beschäftigt wären. Auch der Ausbau von Eigentumswohnungen- und Häusern soll forciert werden. Das Energie- und Fernwärmenetz, das Schienen- und Fernstraßennetz und die Atomenergieversorgung sollen verbessert werden. Die IG Bau Steine Erden ist sich auch nicht zu blöd dazu, die Instandbesetzer als Arbeitsplatzvernichter zu bezeichnen und ein energisches Durchgreifen gegen sie zu fordern.

Die benötigten Gelder für ein solches Programm (egal von welcher Partei) dürften nicht unter 7 Milliarden DM liegen, was auch die minimal Forderung des DGB ist. Da dieses Geld nicht übrig ist, muß es irgendwo eingespart, bzw. durch Steuererhöhungen aufgebracht werden.
Die SPD will deshalb die Mehrwertsteuer und die Mineralölsteuer erhöhen und Kürzungen im "sozialen Netz" vornehmen. Das bedeutet unter anderem Einsparungen bei:
- der Arbeitslosenunterstützung,
- der Sozialhilfe,
- der Berufsausbildungsförderung,
- der Rente (hier zb. durch indirekte Maßnahmen)
- dem Gesundheitssystem

und die Aufhebung der "ortsüblichen Vergleichsmiete", mit der Möglichkeit innerhalb von 3 Jahren die Miete um ca. 30% erhöhen zu können. (Als Anreiz für den privaten Wohnungsbau.)

Die CDU will die Einsparungen in fast den selben Bereichen vornehmen, lehnt aber die Erhöhung der Mineralöl-und Mehrwertsteuer (z.Z) ab, weil sie dadurch höhere Lohnabschlüsse befürchtet. Sie verlangt allerdings eine verstärkte "Mobilität der Arbeitnehmer". Übersetzt heißt das, daß die Arbeiter den Jobs hinterherziehen sollen, wie einst die Cowboys.
Die gebundene Arbeitsplatzbeschaffung soll abgeschafft werden - alle Leute, egal mit welchem Beruf, könnten dann zu jeder scheiß Arbeit gezwungen werden.

Die, durch Steuern und Einsparungen, kassierten Milliarden sollen z.B. als Zuschüsse der Industrie in den Hintern geblasen werden, damit die Arbeitsplätze schafft - z.B. wie gefordert beim Ausbau der Mikroelektronik, um noch mehr rationalisieren also entlassen zu können ... - oder durch Aufträge für irgendwelche Sachen (Brücken, Straßen) ausgegeben werden.

Die Bereiche in denen die SPD investieren will klingen - wie Umweltschutz - sehr gut, nur steht der Nutzen für die Arbeitsplatzbeschaffung in keinem Verhältnis zu dem Schaden, den insbesondere die ärmeren Leute, durch die Art der Finanzierung erleiden. Gerade auf ihre Kosten gehen die Abstriche im "sozialen Netz", gerade sie spüren eine Erhöhung der Mehrwertsteuer bei jedem Einkauf, sie haben die Last der Erhöhung der Steuern für Heizöl zu tragen und sind auch wieder die Dummen bei der geplanten Mietexplosion.

Das ganze Beschäftigungsprogramm ist ein Stückelwerk das wohl nur den indirekten Lohnraub sicherstellt. Von der - allen Parteien eigenen - Orientierung auf das ominöse "wirtschaftliche Gesamtwohl" kann sich niemand etwas erhoffen. Der Staat subventioniert wieder einmal die marode Wirtschaft an deren vielbeschworene "Selbstheilungskräfte" sowieso niemand glaubt. Das der Staat als Flickschuster der kapitalistischen Wirtschaft soziale Gesichtspunkte in seine Pläne miteinbezieht kann man nicht erwarten.

Dieses Beschäftigungsprogramm bietet uns viele Möglichkeiten soziale Unruhe zu schüren.
Den ganzen Beschiss können wir zwar nicht verhindern, aber er bietet uns Argumente denen sich viele Menschen kaum entziehen können.

Anarcha Feminismus



Keine Macht für Niemand!
Gemeinsam kämpfen für eine staaten- und herrschaftslose Gesellschaft!
Schöne, eindrucksvolle Parolen, aber entsprechen sie wirklich den Tatsachen?
Kämpfen wir, bzw. Frauen und Männer, wirklich gemeinsam und gleichberechtigt für unsere Ziele?
Für mich ist die Frage mit einem ganz klaren Nein zu beantworten!

Von gleichberechtigtem Leben und Arbeiten kann selbst in der sogenannten "linken Scene" nicht groß die Rede sein. Die Unterdrückung der Frau läuft hier genauso, nur weniger offensichtlich und mit rethorisch und ideologisch gut fundierten Rechtfertigungen überspielt, ab.
Bewußtseinsmäßige Ansprüche sind maßenhaft vorhanden, wenn's in der Praxis nicht klappt, findet mann schnell eine gutsitzende Ausrede oder verfällt in phasenweise Resignation: "Ja klar; ich weiß ja; man müßte; man sollte; ist ja im Prinzip richtig; aber..."
Die sekundäre Rolle der Frau, in allen sozialen, politischen und privaten Bereichen, ist, wie in den bürgerlichen Kreisen, auch bei uns grundlegend mannifestiert.

Die Umgangsweise der linken Typen, sich selbst und vorallendingen den Frauen gegenüber, läßt sich meiner Meinung nach sogar sehr gut mit der bürgerlichen Gesellschaft vergleichen, nur ist sie eben alternativer. Normen, Verhaltensrichtlinien, nach denen mann/frau sich richten muß, Machtkämpfe, Konkurrenzdenken, Leistungsdruck, nur keine Schwächen zeigen, immer powern..., das alles prägt die linke und auch die anarchistische Scene, die doch für eine freie und herrschaftslose Gesellschaft kämpft.
Wie oft sehen wir denn eine Frau, als das stille Anhängsel des großen und allwissenden Politmackers, gut genug zum Mitlaufen und Erledigung kleinerer Nebenarbeiten (wie Matrizen schreiben, Protokolle führen Flugis verteilen)
Und vorallendingen ist es immer ein schönes Gefühl, eine bewundernde und interessierte Zuhörerin zu haben, der mann den großen Durchblick vermitteln kann (selbst auf dem Gebiet des Feminismus schrecken die Typen nicht davor zurück, den Frauen den richtigen Weg zu zeigen), denn ein gewißes Bewußtsein, ist schließlich Voraussetzung für eine "gleichwertige Partnerschaft"





Die andere Alternative ist, daß
wir Frauen versuchen uns durchzusetzen,
für politisch ernst genommen und voll
anerkannt zu werden.
Dabei richten wir uns nach männlichen
Struktur-und Umgangsformen.Lange genug
haben wir den Männern die Art und Weise,
wie Politik gemacht wird überlassen, mit
dem Resultat, daß sie sie für einzigartig
halten. Diese ist aber meist nicht die
der Frauen, bzw. in ihren Interessen.
Wie schwer es eine Frau hat sich in einer
überwiegend mit Typen besetzten Gruppe
durchzusetzen(es ist ja schon schlimm
genug,daß mann/frau das überhaupt
nötig hat) , weiß ich aus eigener Erfahrung.
Frau stellt sich voll unter diesen
männlichen Profilierungszwang, kämpft um
eine anerkannte Stellung, mit Mitteln,
die von mit Arroganz gespickten, rethorisch
brillianten, halbstündigen Monologen,
bis zu brutaler Anmache, oder Schrei-
ereien, damit Frau überhaupt mal was sagen
darf, gehen.
Wir integrieren uns damit voll, in diese
kalten, gefühllosen und sachlichen Arbeits-
methoden, wo es fast ausschließlich auf
stures Wissen und Ratio ankommt
und das menschliche, z.B. gerade die
zwischenmenschlichen Beziehungen,
total unter den Tisch gekehrt werden.
Für mich ist aber nicht nur der
politische Kampf gegen den kapitalistischen
Staat, sondern auch der persönliche Kampf
gegen und für uns selber,eine dringende
Notwendigkeit!
Politik spielt auch in mein
Privatleben rein, bzw. muß eine Einheit
darstellen und wenn ich ein Teil von
mir, d.h. meine Gefühle, Stimmungen,
ob es mir gut oder schlecht geht,
ob ich jemanden mag, oder Schwierig-
keiten mit ihm hab' tabuisieren muß,
ist das für mich keine Basis für
eine gute Zusammenarbeit.
Wenn Frau sich diesen Strukturen unter-
wirft und nicht versucht eigene
aufzubauen, negiert sie ihr Selbstver-
ständnis als Frau und schlüpft dafür
in eine männlich starke, nicht
so leicht angreifbare Rolle.
Eine Rolle, die aus Masken besteht,
hinter der mann sich verstecken
kann., obwohl wir doch genau das Gegen-
teil davon erreichen wollen.
Das Akzeptieren des Anderen, mit
all seinen Schwächen und dem Anderst-
sein.
Dazu gehört eben auch der Kampf um
die Gleichberechtigung und Selbstverwirk-
lichung der Frau!

Mir geht es dabei nicht um
eine bürgerliche Gleichstellung,
wie die innerhalb des Systems,
denn in diesem werden Frauen
immer in Unmündigkeit und Unfreiheit
gehalten werden, um sie einerseits
je nach wirtschaftlich-politischer
Lage, als leicht verfügbares und leicht
abschiebbares Arbeitspotential,
andererseits als private Therapeutin
für die, aus diesem menschenun-
würdigen System resultierenden
Agressionen und Frusts der Männer
zu mißbrauchen.



Nicht nur der Kapitalismus und die
Staatlichkeit, d.h. die gesamten
politischen und ökonomischen
Strukturen der gegenwärtigen Gesell-
schaft, sondern auch das Patriarchat
als solches muß zerstört werden.
Was wäre für uns Frauen denn schon
groß gewonnen, wenn es nach der Revolution
zwar keine staatlichen Herrscher mehr
gibt, dafür aber immer noch private
Unterdrückung?
Solange es überhaupt noch Herrschaft
und Macht einem anderen Menschen
gegenüber gibt, kann es keine
freie Gesellschaft geben und
wird jede Revolution an die Konter-
revolution verraten.
Bürgerliches Hierarchie -und Dis-
kriminierungsdenken den Frauen gegen-
über, ist den Männern in jahr-
zehntelanger Erziehungsgehirn-
wäsche zusehr verinnerlicht worden,
als daß sie es ohne weiteres auf-
geben könnten, zumal es, selbst bei
Anarchisten, auch nicht ihr primäres
Hauptanliegen ist und sein kann.

Die Typen werden von sich aus nie an-
fangen gegen ihre beschißenen Verhaltens-
weisen anzugehen, das müßen wir schon
selbst tun, aber nicht auf der Ebene
einer Therapeutin, die mit Geduld
und Liebe den armen verpfuschten Männern,
die ja letztendlich garnichts
dafür können, aus ihren Problemen rauß-
hilft, sondern auf der Ebene
einer politischen Auseinandersetzung,
einer solidarischen Kritik.
Deswegen find ich es als Frau absolut
wichtig, zusammen mit anderen Frauen
für unsere Belange und für unsere
eigenen Bedürfnisse zu kämpfen
und uns zu organisieren!

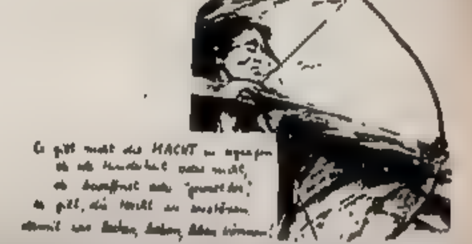




Wobei es ja gerade unter den Anarchist-
innen ziemlich "schwarz" aussieht.
Es existieren z.B. unzählige Bücher,
Broschüren und Zeitungen über
Anarchismus, aber nur verschwindend
wenige aus feministischer Sicht bzw.
über Anarchafeminismus.

Und genau das ist der Grund ,
warum ich diesen Artikel geschrieben
habe, weil es mir nämlich stinkt,
daß dieses Thema, besonders in
anarchistischen Zeitungen,ständig
tabuisiert wird.
Auf Frauen, fangt mal an Diskussionen
unter euch zu führen und
veröffentlicht sie , oder bildet
anarchafeministische Gruppen,
denn von alleine ändert sich
nichts!
Ich bin z.B. gerade dabei eine Broschüre
über Anarchafeminismus zu
schreiben, und ich fände es toll,
wenn ihr mir massenhaft Beiträge,
Ehrfahrungsberichte etc. schicken
würdet.

Kontakt: A.Müller
Postfach 4528
D-75 Karlsruhe



Die Technologie des Krawalls

Einsatzerfahrungen vom Leitenden Polizeidirektor Günter Freund, Berlin

Planungs- und Zielkonflikte der öffentlichen Verwaltung haben in einem überschaubaren Bereich ein Maß an sozialer Unsicherheit entstehen lassen, was nun für den Bürger erkennbar geworden ist und mit allen Begleiterscheinungen wiederum Angst und Schrecken vermittelte.

Auf der anderen Seite bliebe zu untersuchen, in welchem Maß Angst die Handlungen der Hausbesetzerszene bestimmt. Die Aggressionsforschung sieht da Zusammenhänge.

An dieser Stelle sollte schon deutlich werden, daß hier vor allem kein polizeiliches Problem vor uns liegt und sicherlich auch keines der Justiz. Zur Vertiefung dieser Feststellung muß man allerdings die Zusammensetzung der Szene untersuchen.

Man findet ein in jeder Hinsicht vorwiegend [illegible] Bild vor:

Studenten, Schüler, Arbeiter, Arbeitslose, Kinder, Idealisten, SEW, SPD, kirchlich Orientierte, Legale RAF, Alternative, Radikale/Gemäßigte, Säufer, Rauschgiftsüchtige, Anarchisten, Nihilisten, Punker, Penner, Knastbrüder u. a. [illegible]

Zu dieser Szene gehören nun nicht [illegible] nur die Hausbesetzer. Diese nennen wir die "Alternativszene" oder auch "Aussteiger" oder "staatsverdrossene Verneiner", bringen bei entsprechendem Anlaß [illegible] 10000 [illegible]

a) Was sie eint
Eine weitestgehende Ablehnung des Staates und der Gesellschaft in ihrer heutigen Form. [illegible]
Die Ablehnung der Rechtsordn[illegible] als Unrechtsordnung [illegible]

Die Bejahung der sozialgerec[illegible] Ordnung als Maßstab für Rech[illegible]
Die Verfälschung gesellschaftlicher Regeln als "Strukturgewalt" und daraus folgende Recht auf Widerstand. (Leerstände sind auch Gewalt!)

Soweit [illegible] einen Ausfor[illegible]mung die Rede sein muß, hat mindestens eine Gruppierung den Grundvertrag dieser Solidargemeinschaft aufgekündigt, nämlich Konflikte gewaltlos lösen zu wollen und meint, erst mit nackter Gewalt [illegible] verändern zu können. [illegible]

[illegible]
die [illegible]

Insgesamt ist diese Szene gegenüber den früheren Protesterscheinungen, vor allem von geringeren ideologischen Ansprüchen bei größerer Entschlossenheit zu praktischem Handeln gekennzeichnet. [illegible]

b) Was sie trennt
Die Alternativbewegung muß sich, um politische Bedeutung zu erlangen an Wähler wenden. [illegible]

Die ernsthaft um Wohnraum und Veränderung der Wohnungspolitik Bemühten suchen nach einer legalen Lösung bzw. Duldung ihrer Instandsetzungen (Selbsterfahrungsgruppen).

Die RAF will weder das eine noch das andere, sie will mit Gewalt Veränderungen und vor allem Solidarität mit denen im Knast bzw. deren Befreiung oder bessere Haftbedingungen.

Die Chaoten und andere Aussteiger wollen ihr Ghetto und einfach ihre Lebensweise haben und das auch u. U. mit Gewalt verteidigen.

c) Welche Mittel haben sie
— Sender Utopia
— CB-Funk
— Telefonkette
— Kneipen/Freiräume
— SFBeat/Morgensendung
TAZ
— Die Neue

sie haben eine gemeinsame Sprache, wissen um die Deutung des Inhalts und stellen oft nicht Fragen, sondern hinterfragen. Die Länge der Sendezeiten und die Auswahl der Diskussionsteilnehmer, die nicht diskutieren wollen, zeugen von erschreckendem Mangel an politischem Augenmaß bei Redakteuren usw.

e) Die Vehikelfunktion
Innerhalb der neuen Protestbewegung hat sich ein Prozeß seit Mitte 1980 entwickelt, der eine Schwächung der
— marxistisch-leninistischen Parteien und Bünde (K-Gruppen)
— undogmatischen "Neuen Linken" und der
— Alternativbewegung
zur Folge hatte.

Man beklagte allgemein ein Nachlassen der Schwungkraft. Auftrieb bekam diese Protestbewegung durch den Häuserkampf, der wie ein befreiender Impuls wirkte.

— Hausbesetzungen, um in alternativen Wohn- und Arbeitsgemeinschaften zusammenleben zu können

— Hausbesetzungen als Protest gegen akuten Wohnungsmangel (Beispiel: Besetzung leerstehender Universitätsgebäude in Göttingen), als Protest gegen Bodenspekulation, verfehlte Stadtsanierung, gegen Kapitalismus und Profitstreben mit Grund und Boden. Insbesondere unterstützen Gruppen der "Neuen Linken" und zunehmend auch orthodoxe Kommunisten die Hausbesetzungen.

— Hausbesetzungen als Teil des Kampfes gegen das bestehende "System"

In der in Berlin von Kräften der undogmatischen "Neuen Linken" und des terroristischen Umfeldes herausgegebenen Zeitschrift "radikal" Nr. 88, 2/81 schrieb "eine Hausbesetzerin":

»Wir kämpfen für den Abbau von Machtstrukturen, Wohnungspolitik begreifen wir als Teil unseres Kampfes für eine anarchistische Gesellschaft. Die Bewegung ist noch zu klein, um jetzt die große Revolution zu starten, die Zeit ist nicht reif für einen Bürgerkrieg.

Wir wollen, haben und werden auch auf anderen Gebieten weiter kämpfen, AKWs, saubere Luft, El Salvador usw.; Sanierungspolitik ist nur ein Teil unseres politischen Kampfes. Wir wollen keine Berufsinstandbesetzer sein, darum streben wir langfristig eine Legalisierung an, um dann auf anderen Gebieten verstärkt zuschlagen zu können.«

f) Der Entwicklungsstand
In einem neuen Bericht über die Entwicklung heißt es:

Das Überwiegen der friedlichen Instandbesetzer und die sichtbaren Differenzierungsprozesse innerhalb der Instandbesetzungsbewegung dürften nicht zuletzt auf das flexible und behutsame Vorgehen der Exekutive, insbesondere der Polizei zurückzuführen sein.

Vielleicht hat die Hausbesetzerbewegung ihre soziale Sprengkraft bereits verloren. Der nächste Anlaß wird aber die gleichen oder ähnlichen Folgen zeitigen.

g) Auslösende Anlässe
— Kreuzberger Krawalle
[illegible]
die irrige Annahme [illegible] bevorstehenden Räumung
[illegible]
— Folgeerscheinungen [illegible]
Bambule auf dem K[illegible]
[illegible]
— K[illegible] nach K[illegible]
die irrige Annahme des eingetretenen Hungertodes von Debus

Diese beispielhafte Aufzählung soll zeigen, wie hoch reizbar und aktionsbereit das Störerpotential ist.

In der Folge polizeilicher Maßnahmen oder als Auswirkung bestimmter Beschlüsse oder Urteile fanden vom 4. Juni 1980 bis zum 4. Mai 1981 41 überwiegend unfriedliche demonstrative Aktionen statt.

IV. Störerverhalten
Das Störerverhalten hat sich geändert.
a) Man tritt nicht mehr massenhaft auf, sondern teilt sich nach einer kurzen Ansammlungsphase, bildet kleinere Gruppen und taucht in das übrige öffentliche Leben ein — Besucher, Spaziergänger, Verkehrsteilnehmer — um aus dieser Deckung heraus Gewalt anzuwenden.

Stellt man das Störerverhalten von früher dem gegenüber, so schält sich folgende Erkenntnis heraus:

Früher hat man eine Demonstration benutzt, um wie Fische im Wasser mitzuschwimmen und aus der Mitte heraus Gewalt anzuwenden.

Heute wartet man nicht auf die Masse, sondern man nutzt die Öffentlichkeit selbst.

Früher wollte man unter der Einwirkung der Polizei die Solidarisierung (genauer Sekundärsolidarisierung)

Heute will man nur noch schockieren
— Gewalt gegen Strukturgewalt setzen
— Widerstand leisten

Man tarnt sich als "Schaulustige", mischt sich schnell unter das Publikum und läßt so die Stärke der Polizei zur Schwäche werden.

Um kurzfristig unterzutauchen, sich neu zu orientieren und zu organisieren, werden einige "Stützpunkt-lokale" aufgesucht, die fest in linken Händen sind.

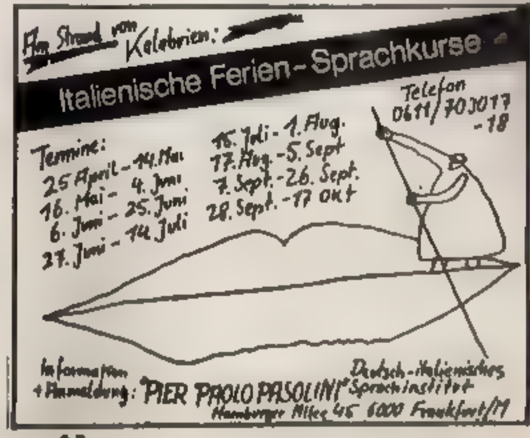
b) Soweit man der Polizei gegenübersteht zeigt man unternehmungsfreudige Beweglichkeit und orientiert sich an der Unbeweglichkeit geschlossener Einheiten, die immer gut erkennbar sind und immer — so eingesetzt — zu spät kommen.
Dabei bewegt man sich in einem überschaubaren Raum — eine Art Spielwiese — und kann die Aktionen der einzelnen Gruppen immer orten, denn die Polizei bewegt sich schnell in Richtung der Tatorte.
Das wird genutzt, um im Rücken oder seitwärts Gewalt anzuwenden. Dabei stößt ein Störerpotential auch immer wieder auf polizeiliche Konzentration vor, um diese zum Absitzen, Formieren und Einsatz zu bringen, dem schnell ausgewichen wird. Während die Polizei erst wieder sammeln und aufsitzen muß, hat man an der nächsten Ecke schon wieder Scheiben eingeschlagen, Bauwagen umgestürzt und den Verkehr blockiert. Den zum neuen Einsatz abfahrenden Polizei-Kraftfahrzeugen schickt man gefahrlos noch einige Steine hinterher.

c) Um mit geringsten Mitteln und wenigen, allerdings sehr entschlossenen Personen, größte Wirkung zu erzielen, besetzt man Pkw mit 3 - 4 Personen und zerstört — schnell die Örtlichkeit wechselnd — wahllos Scheiben von Schaufenstern, Sparkassen und anderen Objekten.

V. Eigene Kräfte und Lage
a) Unter dem Eindruck dieser Vorgehensart
— macht sich das Gefühl der Konzeptionslosigkeit breit,
— man will etwas fassen, kann es aber nicht greifen,
— Uniformierte sind ohne jede Chance, wenn sie eine Festnahme machen wollen,
— das Aufklärungs- und Festnahmekommando herkömmlicher Art ist wirkungslos,
— soweit Kräfte zu Fuß eingesetzt werden, können sie nicht mehr geführt werden und fühlen sich auch falsch verwendet,
— die übrigen Kräfte haben keine Erfolgserlebnisse, beklagen die verletzten Beamten und angerichteten Schäden und stellen dem die Zahl der Festnahmen gegenüber,
— will man den Erfolg erzwingen, wenn man auf eine Störeransammlung trifft.
c) Der Raum sollte in Bereiche mit festgelegten Bezeichnungen (Taufe oder Nr. etc.) aufgeteilt werden. Kartenmaterial muß in Händen der Einsatzkräfte sein, und die Schutzobjekte wie auch die "Stützpunkte" müssen bekannt sein.
d) ebenso hat sich der Einsatz von anteilig in Zivil befindlichen Kräften der gleichen Gliederungseinheit bewährt. Die Beamten kennen sich, sind aufeinander eingespielt und die Zivilbeamten bleiben führungsfähig.
e) Für einen derartigen Einsatz sind folgende Hinweise nützlich:
— Starker Einsatz von Kräften in bürgerlicher Kleidung (bis zu 30% der Einsatzbereitschaften,
— Objektbezogene verdeckte Aufklärung in den Überwachungsbereichen
— Möglichst hohe Effizienz durch bewegliche Einsatzführung. Nicht an den Kfz "kleben", an bekannten Störergruppen "dranbleiben", erforderlichenfalls auch "Begleitung" mit der U-Bahn in andere Bereiche — melden!
— Beweissichere Festnahme von Straftätern (auch Steine als Beweismaterial sichern), unverzügliche Meldung an Dir VB c (Staatsschutz).
— Enge Kommunikation zwischen Observations-, Aufklärungs- und Raumschutzkräften

— Enge Kommunikation zwischen Dez Lagedienst (LD) 33 und den Fernmeldebetriebszentralen (Fmbz) der örtlichen Direktion (schnelles Umsetzen wichtiger Meldungen, Einsatz von Zivilkräften auf Anforderung)
— Unterstützung der Maßnahmen durch vermehrte verkehrsrechtliche Kontrollen (Funkwagenstreifendienst, Verkehrsdienst)
— An die Verwendung des Vordruckes 843 (Feststellungs- und Beobachtungsbericht) denken

— Auf verdächtige "Gegenstände" achten, z.B. Ketten, Eisenstangen und -rohre, Äxte, Hämmer, Steine, Schleudern (Zwillen), Bolzen, Muttern, Stahlkugeln, Flaschen (auch Kunststoff) oder Gläser mit Benzin oder leicht entflammbaren Flüssigkeiten, veränderte Feuerlöscher, Behältnisse mit Batterien und Drähten, von der Kfz-Farbe abweichende Farbspraydosen, auffällige Menge von Klebstoffen oder Metallspachtel sowie — dazu als Werkzeug — schmale, stabile Metallstreifen, Luftdruck- und Schutzwaffen, Handschuhe, Gesichtsmasken, (auch Halstücher), Helme, Flugblätter
f) Zur Problembewältigung ist eine



auf den bestimmten Inhalt bezogene Sprachbereinigung von wesentlicher Bedeutung.
Beispiele:
— **Demonstration ist nicht Krawall**
— **demonstrative Aktionen** können friedlich oder unfriedlich sein, sind aber in beiden Fällen **keine** Demonstrationen
— daher ist je nach Voraussetzung die zutreffende Bezeichnung, nämlich
Demonstrant
Teilnehmer oder
Straftäter
zu wählen.
— Inhaltsübertreibungen verfälschen das Lagebild, lassen nicht erwünschte Stimmungen mit womöglichen Überreaktionen als Folge aufkommen und führen zu zeitaufwendigen Nachfragen und Korrekturen.

— Verletzter Beamter ist nicht gleich verletzter Beamter
leicht, schwer, Kopf-, Fuß-, Arm-, Handverletzung, Prellung, tritt vom Dienst ab, verbleibt voraussichtlich — im Dienst — im Krankenhaus; nach ambulanter Behandlung entlassen, begibt sich selber in ärztliche Behandlung usw. Die Meldung muß, soweit feststellbar, sofort und späterhin unverzüglich vervollständigt oder ergänzt werden, so daß sie den vollen Sachverhalt darstellt.
— **Hindernisse** sind keine **Barrikaden**
Barrikaden vermitteln den Eindruck von Bürgerkrieg, können nur in langwieriger Arbeit oder mit schwerem Gerät abgetragen oder beseitigt werden. (Hindernisse bereiten durch...)
— Teilweise **angesteckte Pkws** als Meldeeinheit führen zur Frage
"wurden diese teilweise angesteckt", wenn wie! oder
"wurden hier oder dort Pkw - entzündet?" *(oder wie oder was? Chef, Chef, hier und dort teilweise entzündliche Pkws mit voraussichtlicher Dienstunfähigkeit!!)*

VI. Bewältigung (Grobbeschreibung)

a) Die Konzeption muß zum Ziel haben:
— beim Störer die Beweglichkeit zu unterbinden
— eigene Beweglichkeit zu steigern
— beim Störer Unsicherheit zu vermitteln durch Festnahmen und zeit- und geschehensnahen Einsatz
b) Hierzu ist erforderlich:
— Die Einnahme von festen Positionen in etwa Zugstärke
— z.B. in einem als "Spielwiese" benutzten Straßenzug auf 5 Kreuzungen, abgesessen an 4 Straßenecken
— dazwischen bewegliche Kräfte mot. (vollziehen alle Störerbewegungen mit)
gegliedert in Einheiten mit Schutzausrüstung (1. Linie) und ohne Schutzausrüstung mit Sportschuhen (2. Linie) (müßte geübt werden)
— Einsatz von Festnahmetrupps in Zivil, Stärke 5 - 6 Beamte mit Zivil-Kfz und zu Fuß

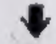
a) bei verdeckter Observation an Objekten mit "Symbolcharakter" durch K-Beamte und
b) gezielter Aufklärung mit direkter Verbindung zum Polizeiführer des Einsatzes, der wiederum in direkter Verbindung zu seine Einheitsführern stehen muß (kurze Leine).
Das Störerverhalten ist nicht ungewöhnlich oder einmalig. Es spricht auch alle Erfahrung gegen einen "Ortswechsel", wenn einmal die unfriedliche Aktion begonnen hat, denn die Überlegenheit wird durch ein Stützpunktsystem gewonnen, das "heimatliche" Sicherheit vermittelt.
— Einheitliche Erfassungsmodalitäten für Sachschaden dienen der erforderlichen Klarheit und Übersichtlichkeit. (Eigene Wahrnehmungen sind zu ungenau — die Scheibe kann schon vorher eingeschlagen worden sein — jetzt wurden Restteile herausgeschlagen. Doppelmeldungen sind zu vermeiden, oft korrigiert sich die Zahl erst nach einer Woche. Anzeigen, Meldungen abwarten und nicht vorher über "viele, eine Menge, massenhafte Schäden" informiern.) ÖS I muß in Zusammenargeit mit VB Erfassungsmodalitäten festlegen.
Es muß berücksichtigt werden, daß besonders Fehlmeldungen o.g. Art in weiteren gesteigerten Verformungen von den Medien übernommen werden und zu politischen Fragestellungen führen, weil oft ohne Not der falsche Eindruck einer schweren, blutigen Straßenschlacht vermittelt wurde.

aus Radikal 101



Rache für Morazán

Um hier im ruhigen Hinterland auf das Massaker in El Salvador *(s.a. S.30)* aufmerksam zu machen, verübte eine »Revolutionäre Zelle« Ende Januar einen Anschlag auf das Konsulat von El Salvador. In ihrer Erklärung heißt es u.a.:
„Das war nicht nur das Werk einer viehischen Soldateska, sondern ebenso eiskaltes Kalkül der dort tätigen US-Berater, die durch Massenmord an der Landbevölkerung die Grenzgebiete zu Guatemala und Honduras entvölkern wollen. Der US-Berater Denne hat nach eigenen Angaben die 'Operation' in Morazán vom Hubschrauber aus beobachtet.
(...)Geht dagegen jetzt auf die Straße. Tut, was in euren Kräften steht!"
Vamos!



★ **Groß-Demo**

am 13. MÄRZ in FFM 11⁰⁰ UNI

Gegen den Völkermord der salvadorianischen- und amerikanischen Regierungen!

Gegen die Einmischung der Amis in Zentralamerika und anderswo!

Für die Unterstützung des Befreiungskampfes in EL SALVADOR!

Für die Unterstützung der Freiheitskämpfer in GUATEMALA!

Isolationsfolter in der BRD.



camera silens

Zahllose Gefangene in der BRD sind Haftbedingungen ausgesetzt, die einer totalen Isolation gleichkommen. Isolation ist nichts anderes als Folter.

Es ist unbestritten, daß isoliert wird, „aus Sicherheitsgründen, um die Ermittlungen oder die Ordnung der Anstalt nicht zu gefährden". Konkret bedeutet das für den Gefangenen, daß tendenziell jeder soziale Kontakt nach draußen und im Innern der Anstalt unterbunden wird (soziale Isolierung) und, in der Konsequenz dieser Maßnahmen, ein fast vollständiges Aushungern der Seh-, Hör-, Riech-, Geschmacks- und Tastorgane (sensorische Deprivation).

Camera silens.

Bei den zuständigen Stellen scheint sich der Eindruck zu verfestigen, daß solche Sicherheits-, Ermittlungs- und Ordnungsgründe künftig verstärkt in Betracht kommen: in Frankfurt/M.-Preungesheim wurden Anfang Juni 73 ein Untersuchungsgefängnis in Betrieb genommen, daß die Isolation systematisiert und baulich für alle Gefangenen möglich macht. Bereits bekannt geworden sind die Betonmauer-Sichtblenden vor jedem Zellenfenster. Dabei wird der Verdacht, daß es sich um geplante und systematisierte Maßnahmen handelt, noch durch eine andere Tatsache erhärtet: Die zumindest in Europa perfektionisierteste und intensivierteste Forschung zum Thema Isolation und Deprivation wird derzeit im Laboratorium für klinische Verhaltensforschung im Universitätskrankenhaus Eppendorf der Universität Hamburg durchgeführt. Dort gibt es einen mit großem technischen Aufwand hergestellten absolut „stillen Raum", in dem Versuchspersonen derart isoliert und depriviert werden können, daß selbst im Raum erzeugte Geräusche nicht wahrgenommen werden können. Die Zeichnung, die der Beschreibung [1] dieser „camera silens" beigefügt ist, scheint den Akten eines modernen Frankensteins entnommen zu sein. Voll Stolz berichten die Erfinder vom schwingungfrei aufgehängten "Raum un Raum", von den 12 Hi-Fi (High Fidelity) Lautsprechern in Rundumanordnung, durch die der Raum beschallt werden kann, von der Infrarot-Fernsehkamera, mit deren Hilfe die „Vp" ständig beobachtet, von Richtmikrophon und Förstersonde, mit deren Hilfe jede Bewegung und Lageveränderung registriert werden kann. Vollständigkeit aber wird erst erreicht sein, „wenn unsere polyphysiographische Ausrüstung mit telemetrischer Datenübermittlung in Benutzung genommen wird (16 Kanäle). Vorgesehen sind multiple EEG-Ableitungen, EKG-, PGR-, ERG- und Atemfrequenz-Registrierung".[2] Dazu noch ein Gerät zur Aufzeichnung von Magenmotilität.

Diesem Perfektionismus der Forschungsmethoden steht die scheinbare Gleichgültigkeit und Naivität der Forscher bezüglich des Forschungszwecks gegenüber. Auf Anfrage läßt der Erfinger, Prof. Dr. med. Jan Gross, seinen Mitarbeiter, Dipl.-Psych. P. Kempe, mitteilen, „*bisher*" handele es sich „ausschließlich um Grundlageforschung, wobei die in unserem Laboratorium erzielten Bedingungen als *Modellsituation* für andere, unter bestimmten Bedingungen auch im Alltag realisierte Lebensbedingungen dienen können".[3] (Hervorhebungen vom Verfasser.) Beschwichtigend fügt er hinzu, „daß mögliche spätere Ergebnisse unserer Arbeitsgruppe wohl eher dazu angetan sein würden, solche Faktoren des Strafvollzugs (Isolation, d.Verf.) zu eliminieren".[4]

Einhandsegler.

Es fällt schwer, derlei Zweckfreiheit unbesehen hinzunehmen, zumal dann, wenn man auf besonders exotische Nebengleise geführt wird. In einem Aufsatz[5] rekonstruieren die beiden genannten Forscher den Ausgangspunkt ihrer wissenschaftlichen Bemühungen: die Einsamkeit des Einhandseglers bei der Reise um die Welt (finanziert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft!). Darin stellen sie eindeutig fest, daß die „soziale Isolation einer der Hauptfaktoren (ist), welcher die psychische Lage des Einhandseglers ausmacht".[6]

Diese Lage ist gekennzeichnet durch folgende belastende Bedingungen:
- Soziale Isolation
- Schlafdefizit
- Angst und Anspannung
- Sensorische und perzeptive Deprivation
- Nahrungsmonotonisierung oder Mangel
- Sexuelle Frustration
- Bewegungseinschränkung[7]

Es braucht nicht allzuviel Scharfsinn, um festzustellen, daß dies auch die Bedingungen sind, denen Gefangene in unseren Haftanstalten unterworfen sind – oder jederzeit unterworfen werden können.

Bereits die unsystematischen Berichte solcher Einhand-Weltumsegler geben Aufschluß über die Folgen der Isolation:
- Verlangsamung der Denkfähigkeit (korreliert mit der Dauer der sozialen Isolation)
- Allgemeiner Motivationsverlust (!)
- Ausschaltung der Selbsterhaltungs- bzw. Selbstbehauptungsmechanismen (!)
- Psychosomatische Störungen
- (meist visuelle) Halluzinationen und Wahnvorstellungen[8]

Um diese Beobachtungen verifizieren zu können, mußten bestimmte Situationen konstruiert werden, um den Wirkungszusammenhang von Bedingungen – wie Umgebungsfaktoren und Isolationsdauer, Persönlichkeitsmerkmale der Versuchsperson (größere Widerstandfähigkeit und sozialer Status), das Verhältnis zwischen Versuchsleiter und Versuchsperson – in bezug zu setzen zu Verhaltensänderungen bei und nach dem Versuch: Durchhaltedauer, Wahrnehmungs- und Verhaltensveränderungen, emotionale Anpassung sowie physiologische Veränderungen.

Sensorische Deprivation.

Nun stellt sich die Frage, warum dann mit der „camera silens" eine Versuchsanordnung hergestellt wurde, die über die soziale Isolation hinaus eine totale sensorische Deprivation erlaubt. Die Antwort gibt J. Gross in einem Aufsatz[9] (dessen Co-Autor L. Svab ist, mit dem er bis 1968 das Psychiatrische Forschungsinstitut Prag betrieb). In diesem Aufsatz heißt es: „Da die Einschränkung aller äußeren Reize auch die soziale Stimulation betrifft, und so in jeder sensoriellen Deprivation auch implizit eine soziale Isolation enthalten ist, bringt die Auswertung der Elemente der sozialen Isolation in der sensoriellen Deprivation verschiedene methodologische Hindernisse mit sich."[10] Diese Schwierigkeit der Unterscheidung müßte die Versuchsanordnung eigentlich hinfällig machen, wenn nicht die sensorische Deprivation eine andere bemerkenswerte Folge hätte: „Unserer Meinung nach kann auch die *erhöhte Suggestibilität* der Versuchspersonen als eine spezifische Folge der Deprivations-Situation angesehen sein, da in dieser Situation ihre Fähigkeit, die umgebende Realität zu testen, herabgesetzt oder gar blockiert ist (Goldenberger und Holt). Dies macht sie in erhöhtem Maße von Informationen, die ihr durch den Experimentator vermittelt werden, *abhängig*. Diese vorwiegend einseitige Abhängigkeit der Versuchsperson vom Experimentator ist in der sensoriellen Deprivation ausgeprägter als in anderen experimentellen Situationen ..."[11] Im Klartext heißt das: In der „camera silens" lassen im kurzfristigen Experiment psychische Zustände auslösen, die sonst nur bei längerfristiger sozialer Isolation beobachtet werden können. Die deprivierte Situation versetzt in psychischen und physischen Streß und verursacht Angst und Wut, weil dem ohnmächtigen Objekt des Versuchs die Orientierungs- und Regulationskriterien entzogen sind, die ihm die aktive Gestaltung der Situation erlaubten. Die Folge ist Desorientierung und Desorganisation des Verhaltens.



Wissenschaftlich foltern.

In der Realität bietet das Gefängnis die Möglichkeit, Menschen derartigen Bedingungen auszusetzen, wobei an die Stelle der totalen sensoriellen Deprivation die Wirkung der Dauerisolation tritt. Allerdings nimmt im Gefängnis der Platz des Experimentators für Grundlagenforschung der Inquisitor ein, dem es um Geständnisse geht. Der Blick in ein beliebiges Nachschlagewerk der Psychiatrie überzeugt davon, daß dieser Zusammenhang in der Branche durchaus gesehen wird: "Die Anwendung von Isolierung und Furcht als Komponenten der komplexen Prozeduren, durch die Menschen dazu gebracht werden, Verbrechen zu gestehen, an denen sie unschuldig sind, bezeugt unser machtvolles Bedürfnis nach Stabilität und Anerkennung mittels sozialer Interaktionen; selbst Bestrafung und Zurückweisung werden unter Umständen der Isolierung vorgezogen."[12] Auch das in Klartext übersetzt: Die Psychiatrie stellt subtile Methoden bereit, die grobe und mit dem „demokratischen Selbstverständnis" unvereinbare körperliche Folterungen zur Erzwingung von Geständnissen und Brechung von Persönlichkeitenersetzen. Dabei müssen diese Methoden *Folter* genannt werden – nicht nur, weil sie den gleichen Zweck erfüllen, nur lautloser, sondern auch, weil sie ebenso nachhaltige Verstümmelungen des Opfers zur Folge haben, nur weniger sichtbar. In der psychiatrischen Literatur ist völlig unbestritten, „daß Isolierung in Verbindung mit extremem physischem und psychischem Streß (große Angst) psychoseartige Reaktionen hervorrufen kann".[13] Wenn ein Proband nach einem 8-Stunden-Experiment „die Versuchsleiter offen anklagte, daß dieser versuchte, ihn in den Wahnsinn zu treiben, um ihn dann als Patienten in der Klinik behalten zu können",[14] dann sind das wohl keine „paranoiden Wahnbildungen", wie die Versuchsleiter es interpretieren, sondern da haben 8 Stunden bloß nicht ausgereicht, um einen irre zu machen. Doch gewiß hat das Opfer etwas vom Wesen der Psychiatrie erkannt.

Festzuhalten bleibt, daß sich die Haftsituation von der Experimentalsituation gravierend unterscheidet: in sie gerät man unfreiwillig, und sie ist noch weniger einschätzbar, weil der anonyme Apparat willkürlich gegen die Persönlichkeit eingesetzt werden kann. Wenn sich bei Experimenten schon nach zwei bis drei Stunden signifikante Wirkungen zeigen – wie nachhaltig müssen die Schädigungen erst nach monate- oder jahrelanger Isolation sein?

In dem oben zitierten Aufsatz von Kempe und Gross geben die Autoren den Soloseglern schließlich noch Hinweise, wie sie den psychischen Folgen der Isolation begegnen können. U.a. nennen sie:
- geistige Aktivität, wie das Lesen interessanter Bücher, das Erlernen fremder Sprachen, Problemlösen und kreatives Denken
- abwechslungreiche Nahrung mit besonderen Vitaminzusätzen
- Gymnastik
- passive Kontakte (Radio)
- sinnvoller Tagesrhythmus

Ohne die Autoren aus ihrer heilen Grundlagen-Forschungs-Welt aufschrecken zu wollen, muß gesagt werden, daß sich dieser Katalog auch als Handlungsanweisung für Vollzugsbeamte lesen läßt. Alle die genannten Punkte sind im Gefängnis manipulierbar und werden auch entsprechend eingesetzt.

Es gibt Hinweise dafür, daß in absehbarer Zeit auch solche Nischen des Widerstands nachhaltig versperrt werden können: pharmakologisch induzierte Veränderungen der Orientierungsfähigkeit brechen noch schneller, noch lautloser und noch nachhaltiger.

Fassen wir zusammen: In der BRD sind nur sehr notdürftig verschleierte Tendenzen zu beobachten, Gefangene *systematisch* zu isolieren und damit Widerstand und Willen zu brechen. Das geht nicht ab ohne nachhaltige psychische und physische Dauerschäden bei den Betroffenen und kann deshalb nur als *Folter* bezeichnet werden.

Daß gerade in der BRD in großem Stil Forschung in dieser Richtung getrieben wird, scheinbar ohne daß die beteiligten Wissenschaftler sich um die Anwendung ihrer Ergebnisse kümmerten, kann nicht länger nur als Streit um die Verantwortlichkeiten von Wissenschaft aufgefaßt und allein als wissenschaftstheoretisches Problem der Psychiatrie diskutiert werden. Der holländische Psychiater Sief Teuns[15] hat seine deutschen Kollegen gemahnt: „Nicht der Kapo, der die Knöpfe des vorfabrizierten Folterinstruments bedient, ist der Hauptschuldige im neuzeitlichen Foltersystem, sondern diejenigen, die in Kenntnis der Zusammenhänge Grundlagenforschung betreiben, aus der die Methodik des Systems entwickelt wird und hervorgeht."

Frank-Olaf Radtke

GRIECHENLAND

Eine Gruppe griechischer Anarchisten befindet sich seit einiger Zeit im Hungerstreik für die sofortige Freilassung! Die Strafen, für das Herstellen bzw mit sich tragen von Molotov-Cocktails, die sie abzusitzen haben bewegen sich in Höhen von 5 bis 9 1/2 Jahren. Die Gefangenen hatten erwartet durch die, am 18. Okt. gewählte, neue sozialistische Regierung befreit zu werden, aber bisher ist nichts passiert.

In der Zeit, als sich die "Panhellenische Sozialistische Bewegung" noch in der Opposition befand, hatte sie unter anderem auch die unzähligen gefangenen Anarchisten unterstützt.

E. Giannopoulos hatte sich im Parlament für unsere Genossen eingesetzt, heute schweigt er – er ist jetzt Justizminister!

Der Anwalt von Philip Kiritsis, einem der Hungerstreikenden, ist seit dem 18. Oktober Handelsminister....

Ob die Gewerkschaften und die Clubs (wie der Athener Anwalts-Club) weiterhin solidarisch zu unseren Genossen stehen, wissen wir nicht.

Jetzt sind sie ja nicht mehr Gefangene einer faschistoiden, reaktionären Regierung, sondern einer sozialistischen.

<u>Bitte beteiligt euch an der internationalen Protestaktion</u> und schickt Briefe mit der Forderung nach der sofortigen Freilassung der Gefangenen an eine der folgenden Tageszeitungen:

TA NEA
Hristu Lada 3
Athen

ETHNOS
Mihalakopoulou 35
Athen 711

ELEFTHEROTYPIA
Panepistimiou 57
Athen

AVRIANI
Dimitros 11
Tavros
Athen

Kontakt: Papadopoulos Panayiotis
Minouli 19, Amfithea
Palaio Faliro, ATHEN

Freiheit für alle revolutionären Gefangenen!
Freiheit für Kiritsis, Skanthalis, Siropoulos, Moiras, Kalapodopoulos, Karabatakis und Tapoutis!
Schluß mit dem Staatsterror in Griechenland!

POLEN

Ein bißchen polnische Geschichte

Polen beunruhigt Europa schon seit 1772.

In dem Jahr nämlich sind drei europäische Mächte - Russland, Österreich und Preußen - zur Zerstückelung von Polen angetreten. Die Herrscher der Mächte haben als Hauptursache ihrer Handlung -" gänzlichen Zerfall des Staates" und " Anarchie"- angeführt. So ist es zu dem gekommen, was wir die erste Aufteilung von Polen nennen.

Zur zweiten Aufteilung ist es im Jahre 1791 gekommen. Die dritte und letzte, bedeutete die Ausradierung Polens von der Landkarte. Während eines Vierteljahrhunderts haben die Großmächte ein altes gesellschaftliches Gefüge (Staat) mit einer großen kulturellen Tradition liquidiert und einen ewigen Herd der Unruhe geschaffen. (Was bis heute andauert.)

Schon bald nach der ersten Aufteilung sind die Polen Aufständische geworden. Zum ersten großen Aufstand gegen die Aufteilung Polens ist es bald nach der zweiten Aufteilung gekommen, - im Jahre 1794. Aufführer des Aufstandes war, der von den amerikanischen bürgerlichen Kämpfen gegen die englischen Royalisten aus den Jahren 1776 - 1783 bekannte Tadeusz Kosciuszko. Dieser Aufstand der sich gegen die Preußen und Rußland gerichtet hat und eine Menge von sozialreformistischen Elementen mit sich brachte, trotzte über ein Jahr lang der Übermacht. Nach seiner Liquidation ist es zur dritten Aufteilung gekommen, die den polnischen Staat aus der Karte ausradiert hat.

Unmittelbar danach aber begannen sich in verschiedenen Teilen Polens geheime Befreiungsorganisationen zu bilden - in Krakow, Gdansk und anderswo. Zu diesem Zeitpunkt ist das Lied " Jeszcze Polska nie zginela" ("noch ist Polen nicht verloren", an sich falsche Übers., es müsste heissen "Noch ist Polen nicht verstorben"), die spätere Nationalhymne, entstanden.

Nach einem kurzen napoleonischen Intermezzo, welche eine heftige Beeinträchtigung von Preußen und Rußland bedeutete und eine siebenjährige Unabhängigkeit den Polen mit sich brachte, erwachten die aufständischen Stimmungen, Stimmungen, die Polen bis zum heutigen Tage nicht verlassen haben.

Das an Macht gewinnende Preußen, welches zum Grundstein und Motor des vereinigten Deutschland wurde, nach der ersten Aufteilung von Polen gerade noch hundert Jahre alt und danach die alte Österreichisch-ungarische Monarchie existiert nicht mehr. Nur der dritte Partner der Aufteilung Polens ist geblieben: Die bolschewistische Sowjet Union als der Nachfolger des zaristischen Rußland, der oberste diktatorische Aufpasser über Ost-Europa, eine Supergroßmacht.

Und somit begeben wir uns auf ein Gebiet, welches für Polen von elementarer Wichtigkeit ist: die Beziehungen zwischen Polen und Rußland. Diese Beziehung hat eine lange, unerfreuliche Geschichte.

So wie es oft zwischen zwei Ländern passiert, gerade dann, wenn ein von den beiden in derartige Größe aufwächst, daß es dem anderem Land anfängt seinen Willen zu diktieren. Aus der Zeit des zweiten Weltkrieges bleiben auf dem Konto der polnisch-russischen Beziehungen drei Daten hängen, die diese Beziehung wie Grabsteine belasten. Vor allem ist es der 17. September 1939, an dem die Sowjet-Armee Polen in den Rücken gefallen ist welches sich schwer und aussichtslos gegen die deutsche, zahlenmäßige und technische, Überlegenheit verteidigt hat.

Der 17. September 1939 war die Folge des deutsch-russischen Paktes vom Ende August desselben Jahres, eines Paktes, welcher als Ribbentrob - Molotow Pakt in die Geschichte eingegangen ist. Historisch gesehen handelt es sich hier um die Fortentwicklung der russischen und deutschen Imperial-politik, die zu ende des 18.



1939:

Stalin und Hitlers Außenminister Ribbentrop

Jahrhunderts gegen Polen angesetzt hat. Im Jahre 1939 ist es zur vierten Aufteilung Polens gekommen.

Das zweite schicksalvolle Datum: 1943. Als Folge des sowjet Einmarsches ist auch im Osten eine Masse von polnischen Kriegsgefangenen entstanden. Im Jahre 1943, als die deutsche Armee schon einen großen Teil des europäischen sowjetischen Gebietes besetzt hatte, meldeten die Deutschen der Welt die Entdeckung eines Massengrabes von polnischen Gefangenen. Sie behaupteten, daß diese polnischen Gefangenen von den Russen ermordet wurden. Nach dem nächst gelegenen Dorf ist dieses Massengrab in das Bewußtsein unter dem Namen KATYN eingegangen.- Und letztlich das dritte erschwerende Moment in der polnisch-russischen Beziehung war die Unbeweglichkeit der Roten Armee während des Warschauer Aufstandes im Jahre 1944; trotzdem die sowjet-Armee am Rande von Warschau gestanden hat, hat sie den aufständischen Stadt nicht geholfen und ließ sie ausbluten.

Die Tragik von KATYN war für Polen besonderst erniedrigend. Polnische Emigranten in London haben sich unmittelbar nach dem Krieg ausführlich mit dem Problem Katyn beschäftigt. Sie haben Belegmaterialen gesammelt, haben alle zugängliche Zeugnise angesammelt und haben bewiesen, daß die Deutschen in diesem Fall nicht gelogen haben, daß es ein von Sowjets im Jahre 1940 begangenes Verbrechen war (15 000 ermordete polnische Offiziere). Die Emigranten haben auch behauptet, daß Katyn nur eins von drei Lagern der polnischen Gefangenen war, die die Sowjets liquidiert haben.

Die Deutschen haben im April 1943 einen Untersuchungsausschuß gegründet, die Sowjets taten das selbe 1944. Es erschienen darüber hunderte von Artikeln, es sind auch Bücher darüber herrausgegeben worden.

Über KATYN ist auch während des Nürnberger Prozesses geredet worden; die Sowjets haben beweißkräftiges Material gegen die Deutschen vorgelegt. Das Tribunal des Nürnberger Prozesses bezeichnete das sowjetische Material für unausreichend und den Fall Katyn hat es nicht in die endgültige Anklage gegen die deutschen Kriegsverbrechen eingereiht. Der englische Journalist Alexander Werth führt noch eine andere Version auf, nämlich daß Russen die Polen nicht im Jahre 1940 umgebracht haben, sondern erst im Jahre 1941. Im Jahre 1940 hätte solches Abschlachten "keinen Sinn". Das Abschlachten hätte erst 1941 "einen Sinn" bekommen, als die Sowjets auf dem Rückzug vor der anrückenden deutschen Armee waren, in Panik den Kopf verloren haben und nicht im Stande waren die Polen zu evakuieren und so haben sie sie einfach liquidiert.

Trotz so vieler schwerwiegender Verdächtigungen-die Russen schweigen dazu. Schweigen sie deswegen, weil es unter ihrem sozialistischen Niveau ist, sich mit den Beleidigungen des humansten Regime in der menschlichen Geschichte zu beschäftigen, oder schweigen sie deswegen, weil sie nicht im Stande sind die Verdächtigung zu widerlegen? Es gibt es keinen Streit mehr darüber, daß die Sowjetregierung für den Tod der polnischen Gefangenen verantwortlich ist. Entweder hat sie sie umgebracht, oder hat sie sie den Deutschen auf Gnade und Ungnade ausgeliefert.

Wahr ist, daß Katyn in der UdSSR und in Polen ein absolutes Tabu ist. Katyn existiert einfach nicht. Wenn es Heute oder Morgen zur Klärung der polnisch-russischen Beziehungen kommen sollte, dann wird es notwendig, daß die sowjetische Historiographie aufgrund der sowjetischen archiv (und anderen) Materialien den Fall Katyn aufklärt.

Katyn ist die schreiendste Affäre, aber keineswegs die einzige. Es ist hier beispielsweise der polnisch-russische Krieg vom Anfang der 20er Jahre, die Liquidation der polnischen KP und die vollendete physische Liquidation der führenden polnischen Kommunisten durch die sowjetischen Henker, die Entführung der Führer der polnischen Untergrundbewegung am Ende des II. WK, das Gericht über sie in Moskau und die andauernde sowjetische Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Polen in der ganzen Nachkriegszeit.

Während des ganzen 19. Jahrhunderts war Polen ein störendes Element auf der europäischen politischen Bühne. Die Großmächte haben ständig einen Weg gesucht, wie Polen pazifisieren und mundtot zu machen. Nicht andere ist es im 20. Jahrhundert. Die östlichen und westlichen Politiker und Staatsmänner macht Polen unruhig. Die Polen kommen ihnen wie eine leichtgläubige Nation vor, die kopflos von einem Risiko zum anderem geht. In Wirklichkeit ist es eine Nation, die sich nie mit ihrem Schicksal abgefunden hat, wenn diese Schicksal nicht den polnischen Vorstellungen von nationalem Leben entsprochen hat. Bei den Polen ist bemerkenswert nicht die Sehnsucht nach freiheitlichem Leben, bei ihnen ist bemerkenswert der Wille für solches Leben mit Lebenseinsatz zu kämpfen. Die polnische Arbeiterklasse hat auf ihrem Konto eine riesige Zahl von Streiks, Manifestationen, Demonstrationen und direkten Zusammenstößen mit der Staatsgewalt - seit den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts bis in die heutigen Tage. Wir könnten in Europa kaum kämpferischere proletarische Traditionen finden, die gleichzeitig die Grundinteressen der ganzen Gesellschaft ausdrücken.

Dieser Artikel ist eine verkürzte Version eines Artikels von J. Lederer, welcher in der Zeitschrift "Zeugnis" nr. 64/81 erschienen ist.

Nach der Umschau

Jaroslav Suk

Mein Freund hat mich um einen Beitrag für diese Zeitschrift gebeten und ich bin nun in der Verlegenheit, worüber ich eigentlich für die Leser einer anarchistischen Zeitschrift in der BRD schreiben soll. Was könnte sie so von einem unverbesserlichen Oppositionellen aus der Tschechoslowakei interessieren, auch wenn er sich immer bei der radikalen Linken engagiert hat?

Selbstverständlich über die Situation in der Tschechoslowakei...

Aber es ist für mich ziemlich überdrüssig geworden darüber zu schreiben. Die Situation ließe sich in ein paar gehaltsreichen Worten zusammenfassen. Sie umschreiben, sei es in ausführlicher Konstruktion des politischen Systems (siehe das Buch von P. Uhl "Die Herausforderung") oder die Einzelfälle der eingeknasteten, gefolterten, verprügelten Menschen beschreiben - das geschiet hier und da und ich weiß nicht, in wieweit wir uns über die Machtsperre der staatlichen Grenzen überhaupt verstehen.

Ich begegnete schon einer Menge von Reaktionen, Ansichten und Haltungen, die ich bei Menschen ähnlicher Veranlagung, Alters usw. nie erwartet hätte. Es ist einfach ein Fakt, daß wir doch in verschiedenen Umgebungen leben und verschiedene Erfahrungen haben.

Was mich beispielsweise stutzig macht, ist die Zersplitterung der Linken, minimale Bemühung um Verständnis zwischen einzelnen linken Gruppen sowie zwischen einzelnen demokratischen Strömungen. Nach der ersten Umschau sehe ich, daß einer mit dem anderem wegen unerheblichen Kleinigkeiten streitet - und sie sich trotzdem in einer Reihe von grundsätzlichen Sachen und darüberhinaus auch in einer Reihe von Kleinigkeiten einig sind - die unmöglichsten Kleinigkeiten schaffen es ihre Kräfte zu zersplittern, füllen ihre Gedankenwelt, beginnen fast zu der einzigsten Dimension ihres engagierens zu werden. ..während die Hauptsachen unbemerkt liegen bleiben.

In den tschechoslowakischen Verhältnissen ist so etwas unvorstellbarer Prunk. Alle demokratischen Strömungen befinden sich unter ein-und demselben Druck, sodaß das Hauptsächliche ständig vor den Augen bleibt. Es ist notwendig die Freiheit der Äußerung für alle zu garantieren, seien es Katholiken oder revolutionäre Sozialisten. Es gibt hier allerdings eine sichere Vorstellung vom auseinanderdividieren der Bestandteile der "demokratischen Front" nach einer möglichen Lockerung des Druckes der Diktatur. Am Ende der 70er Jahre und anfangs der 80er Jahre reifte allerdings diese demokratische Gemeinschaft, in verdichteter Gestalt, die durch die Charta 77 repräsentiert ist, in gewisse Erfahrungen der Zusammenarbeit, die auch für die spekulative "schöne Zukunft" verwendbar sein könnten. Es ist vor allem große Toleranz, die Bemühung um die Erhörung jeder Ansicht und die Bemühung darum, daß ein notwendiger Kompromiß alle Bestandteile einbezieht, die an ihm beteiligt sind. So funktioniert beispielsweise das VONS (Komitee zur Verteidigung widerrechtlich Verfolgter), so wird auch innerhalb der Charta 77 entschieden.

Es ist allerdings ein Fakt, daß die tschechoslowakische Gesellschaft eine polizeilich und administrativ aufrechterhaltene Klassengesellschaft ist, wo die regierende Bürokratie nicht ökonomisch so verwurzelt ist, wie es die Bourgeoisie (in den kapitalistischen Staaten) ist. Auch über erhebliche Ansichtsunterschiede und verschiedene Konzeptionen und Programme ist es notwendig mit dieser sozialer Wirklichkeit als einem Fakt rechnen. Deswegen ist die heutige, so wie die eventuell kommende Chance zur Erreichung gesellschaftlicher Kompromisse viel größer, als in einer kapitalistischen Gesellschaft. Nach der Entfernung der Bürokratie wird es keinen anderen mehr geben, der aufsteigen könnte als die arbeitenden. (Und eine neue Bürokratie, wenn man nicht endlich selbstverwaltende Mechanismen mit antibürokratischer Auswirkung schafft.)

Es wird erzählt - gerade mit Rücksicht auf diesen Fakt - daß die Gesellschaften sowjetischen Typs (d.h. Gesellschaften die der UdSSR ähneln) auf einer "höheren geschichtlichen Ebene" sind. So etwas würde ich nicht überlaut sagen. Voltaire's Spruch, "ich bin nicht einverstanden, aber ich werde dafür kämpfen, daß sie ihre Ansicht sagen können", ist schon ziemlich alt. Ich würde sagen, daß in diesem Sinne die Gesellschaften des sowjetischen Typs irgendwo auf der Ebene des Mittelalters sind.

Sofern ich über die Praxis des Stalinismus nachdenke, sehe ich, daß er gerade aus solcher Intoleranz aufwächst, aus rücksichtsloser Souveränität der "einzig richtigen Ansicht", aus Messianismus - zumindest wenn es um Ideologie geht. (Stalinismus hat sicherlich auch seine sozialen Wurzeln) Gewalt wurde auf Selbstverständlichkeit eingeweiht, die alle bis dahin über Gesellschaften ausgeübten Gewalten übertroffen hat. Das sage ich als Befürworter gewaltsamer Lösungen, allerdings mit dem Wissen über seine gefährliche Seiten, mit Abneigung gegenüber der Todesstrafe und kalkulierten Opfern "für eine bessere Zukunft".

In bestimmten linken Kreisen im Westen - und oft auch dort, wo ich es überhaupt nicht erwartet hätte - stimmt die linke Haltung mit positiver oder zumindest nachsichtiger oder nachsichtigerer Haltung gegenüber der Sowjet Union und ihren Satelliten überein. Als wenn Leute die Worte in der Benennung des Staates fasziniert hätten, als wenn die Phrasen, die die bürokratische, propagandistische Maschinerie ausstößt, wirklich irgendeinen Inhalt hätten...

Vielleicht klingen sie für euch angenehm, die ihr ganz woanders lebt, aber wißt, daß dem bei uns nicht so ist. In der Tschechoslowakei weiß jeder der einigermaßen denkt, daß es eine Lüge ist, und so ließt er Zeitungen entweder deswegen, damit er weiß, was gesagt werden sollte und was nicht.- Und abends hört er "die Stimme Amerikas". Andere Lügen würdet ihr sagen. Aber zumindest geben sie sich nicht den Anschein, als ob sie die Heitung aller Unterdrückten wären. Man kann nicht so viel auf Worte geben. Nach der sowjetischen Verfassung regiert das Volk durch die Vermittlung der Sowjets (Räte). Nach der äthiophischen Verfassung war Kaiser Haile Selasie der Nachkomme der Königin Saba, in einer direkten und ununterbrochenen Linie!

Ein großer Fehler von Trotzki war schon die Bezeichnung der Sowjet-Union als "Arbeiterstaat", der in SU bereits degenerierte, führte nach weiteren Modifikationen Theorie in den osteuro-

pitalischen Staaten zur "Deformation von Anfang an.
"Ad absurdum hat diese Theorie – ich denke, ziemlich logisch – die TLD (Trotzkistische Liga Deutschlands) – gebracht. "Verteidigt die SU schon in Berlin" (wo soll es noch enden ?) und "beendet die Konterrevolution der Solidarnosc" schrie sie.
Ich weiß nicht was sie jetzt schreien, aber sicherlich schreien sie etwas.
Der Terminus "Arbeiterstaat", sei er degeneriert oder deformiert, kommt mir sowieso unsinnig vor, als wenn man Sklaven-Staaten sagen würde, "Sklavische". Was ist dort arbeiterisch ? –
Trotzki hatte allerdings ein bißchen andere Erfahrungen, als er aus der SU floh. Einerseits war er ständig in funktionsähnlichen Positionen, andererseits war die Bürokratie noch nicht ganz herauskristallisiert. Das Ringen dauerte noch in den 30er Jahren sehr hart an und es war wirklich ein Prozess. Allerdings hat schon ungefähr ab Ende der 30er Jahren eine Bürokratie ohne Glauben regiert, eine Bürokratie des pragmatischen Machtdenkens. Aus dieser Sicht können wir auch über die osteuropäischen Staaten nicht als gänzlich deformierte reden und dann nicht mehr verändernbaren nach den sozialen Wendungen der Nachkriegszeit. In den Reihen der Bürokraten und ihren Helfershelfern war eine Reihe von gläubigen Kommunisten.
Die Zeit war nötig um sie durch das Sieb des Systems durchzusieben, ein Sieb, durch das nur durchkam der im Stande war sich der gegen die Arbeiter gerichteten bürokratischen Art des regierens unterzuordnen. Anderswo war es ein allmählicher Prozeß, in der Tschechoslowakei war es die Phase der stalinistischen Restauration am Anfang der 70er Jahre, die diesen Prozeß schneller gemacht hat und praktisch beendet hat (obwohl das Durchsiebungsprinzip andauert). – Diese Bemerkung ändert allerdings nichts an dem Charakter des Regimes, wie es gewöhnlichen Leuten, also auch den Arbeitern erscheint. Nach den anfänglichen Illusionen eines Teils der Bevölkerung, welche mit 40 % der Stimmen die KPT an die Macht gebracht hat, kam dann der harte Terror, der durch verschiedene Cliquen und die unkontrollierte Geheimpolizei, sowie sowjetische "Berater" und Nachrichtendienst Offizier angekurbelt wurde. Eine Strafe mit mehr als 20 Jahren Knast war mehr die Regel als die Ausnahme – und zehntausende von Gefangenen. Hingerichtet wurden "nur" hunderte. Die sozial Statistik der davon betroffenen habe ich nicht gesehen, aber ich werde nicht viel dafür geben, daß dabei die Arbeiter eine untergeordnete Rolle gespielt haben..

Tschechoslowakische Bürger bekommen angeblich bei der Geburt drei Schicksalsgöttinen. Sehr weise hat darüber eines der Plenendes
eines der Plenen des ZK der KPTsch auf den Vorschlag des Politbüros, der vom Gustáv Husák vorgetragen wurde, entschieden. Eine soll dem Bürger die Liebe zur Partei geben, eine die Intelligenz und eine die Ehre. Allerdings kommen in der bürokratischen Planordnung niemals alle drei zusammen vor, es fehlt immer eine. Und so hat der tschechoslowakische Bürger entweder die Liebe zur Partei und die Ehre, aber dann fehlt ihm die Intelligenz, oder aber er hat Intelligenz und Liebe zur Partei, aber dann fehlt ihm die Ehre, und der, der die Ehre und Intelligenz hat, hat widerum keine Liebe zur Partei...

Und jetzt noch einige trockene Fakten zur Tschechoslowakei, die euch vielleicht doch interessieren:

Petr Uhl, revolutionärer Marxist, ist in der mittelalterlichen Festung Mírov (früher Konzentrationslager Mírov, dessen Stempel immer noch auf den Bettlacken der Gefangenen ist) eingekerkert, Strafe 5 Jahre in der 2ten "Besserungs-erziehenden Gruppe" (d.h. Besuch einmal in einem halben Jahr, Packet mit Geschenken von 3kg Gewicht einmal im halbenJahr, wenn er nicht disziplinarisch bestraft ist), die Strafe soll am 29.5.1984 zu Ende sein. Allerdings nur dann, wenn er nicht wieder bestraft wird. Der erste Versuch ist gescheitert, Strafverfolgung wegen "Schädigung der Republik im Ausland" durch angeblichen Versuch von Zusendung eines Briefes der österreichischen Botschaft, wurde eingestellt. Vor nicht all zu langer Zeit blätterte ich seine Artikel durch und bin auf folgende Sätze gestoßen: "Ich empfinde ständig, schon zehn Jahre lang, existenzielle Angst vor Einsperrung und vor Ermordung. Ich weiß aber, daß die Sache der Kausalität unter meinen konkreten Schritten und der Gefahr, die mir droht, ein Bestand ist. Es würde mich zu gänzlicher Passivität führen, weil zu meiner Einsperrung oder Ermordung letztendlich eine Absicht führen kann, die ich nicht einmal erahnen kann."
Ich entnehme diese Worte aus einem offenen Brief an Lubos Dobrovsky vom 18.2.7?, weil eine Reihe von Bestrebungen der Geheimpolizei auf die Möglichkeit der Liquidation von P. Uhl hindeuten und selbst Petr darauf verweist.
Václav Havel, Schriftsteller, christlicher Existenzialist, sitzt im Knast in Hermanice bei Ostrau, mit einer Strafe von viereinhalb Jahren. Zurückkommen sollte er erst Ende 83, es sei denn ...

Die Sache der eingekerkerten Intellektuellen hat nichts mit bourgeoisem Denken oder mit Isolierung von den Massen zu tun, wie ich es aus verschiedenen pseudorevolutionären Phrasen gegen die Dissidenten gehört habe. Ihre Tätigkeit läßt sich nicht von der Sache der Befreiung, der am meißten Unterdrückten, wegdenken, auch wenn das den Intellektuellen selbst nicht bewußt ist. Ohne die Freiheit des Wortes, die sie so dringlich fordern, gibt es keine Freiheit und keine Gerechtigkeit.
Václav Benda, Philosoph und Mathematiker, katholik, sitzt mit einer Strafe von 4 Jahren
Jiri Dienstbier, Journalist, Reformkommunist, sitzt mit einer Strafe von 3 Jahren.
Rudolf Battek, Soziologe, Sozialdemokrat, sitzt mit einer Strafe von 5 einhalb Jahren.
Ivan Jirous, Literaturkritiker, einer der angegliedertsten Gestalten der Untergrund Bewegung, wartet auf seine Strafe in Haft.

Sind noch weitere Namen notwendig?

Der Autor dieses Artikels, Jaroslav Suk, ist erst seit Februar 1981 im Westen. Er gehört zu den Erstunterzeichnern der Charta 77, ist Mitglied des VONS (Komitee zur Verteidigung Widerrechtlich Verfolgter), und auch wenn er nicht als Anarchist zu bezeichnen ist, haben wir ihn wegen der Kenntnis der Lage in der CSSR um ein Beitrag gebeten.

BUCH......

Wir bekamen vor kurzem ein Buch und eine Zeitschrift, mit der Bitte ausgeliehen, darüber in der AKTION etwas zu schreiben. Die beiden Schriften, die Zeitung ANSCHLÄGE No.4 und das Buch AUFRUFE stammen aus Nürnberg, von der Edition TIAMAT.

Zur Zeitung, die im A3 Format erscheint und auf A4 umgerechnet nur wenig Seiten mehr hat als die AKTION, wollen wir uns ersparen mehr zu sagen, als daß sie 9 DM (in Worten: neun) kostet! Natürlich comupsert.
Das Buch "Aufrufe aus dem Gefängnis von Segovia" besteht aus neun Kommuniques der 30 verhafteten Mitglieder der "Libertären" (L) und einem Anhang spanischer Lieder aus den Gefängnissen. Sehr intelligent ist es die Lieder ohne Noten abzudrucken, damit auch ja niemand etwas damit anfangen kann.

Die "Libertären" erklären in diesen Kommuniques ihre (sehr interessanten) Einschätzungen zu zu verschiedenen Kämpfen, ihre anti-organisatorische Koordination, ihr Konzept des bewaffneten Kampfes, ihre Differenzen zu anderen Organisationen, wie der FAI, FIGA, CNT, CO, GRAPO, UGT und ETA....

Den neuen Namen, unter dem die "Libertären" inzwischen ihre Anschläge ausführen, haben sie übrigens von der spanischen Polizei. Diese konnte nicht kapieren daß es eine "Organisation" geben konnte die keinen, bzw. zig Namen hatte. So zwangen sie verschiedene Gefangene, die unter der Folter erreichten Geständnisse, mit G.A.L. (Autonome Libertäre Gruppen) zu unterschreiben. Der Name blieb.

Abgesehen von "Ungenauigkeiten" ist das Buch sehr interessant. Vom Kauf raten wir jedoch ab, bis es als BROSCHÜRE für 2 oder 2,50 DM zu kriegen ist. Die geforderten 15 DM für ein derartig gestrecktes Buch finden wir unverschämt!

→

KOMMUNIQUE DER AUTONOMEN GRUPPEN

Unmittelbar nach verschiedenen Verhaftungen von Mitgliedern der Autonomen Gruppen in Frankreich und in Spanien, fanden sich einige brave „Revolutionäre", um uns zu verurteilen, noch bevor der Staat selbst dazu kam.

Wir verachten Theoretiker ohne Gebrauchsanweisung, die unsere Praxis kritisieren, und sich davor hüten, selbst eine zu haben, unfähig, irgendetwas zu Ende zu führen, sich zu kompromittieren, usf.; all diese Leute nennen uns Wahnsinnige, unverantwortliche Aktivisten, um die eigene Passivität besser zu rechtfertigen.

Wenn wir einige „Wahnsinnige" sind, dann ist unser Wahnsinn nicht sanft, sondern der Wahnsinn, leben zu wollen, der Wahnsinn es abzulehnen, sich der Lohnarbeit zu unterwerfen, der Wahnsinn, der die Umklammerung durch die Banalität von Grund auf durchbrechen will, und der alle Möglichkeiten erschöpfen will, um uns selbst wiederaufzufinden, indem wir uns zusammenschließen und uns dafür bereithalten, die Autonomie unserer vom Kapital unbefriedigten Wünsche besser zu behaupten.

Wenn wir „Aktivisten" sind, besteht unser Aktivismus im Vergnügen des subversiven Spiels, in der Befreiung unserer Herzen, in der Beherrschung der institutionalisierten Angst, in der Ausweitung unserer Möglichkeiten. Es geht letzten Endes darum, uns die für unseren Kampf notwendigen Mittel zu bemächtigen: durch bewaffnete oder unbewaffnete Enteignungen, durch gefälschte Schecks, usw.; ferner, uns eine notwendige Infrastruktur zu geben (nicht überwachte Wohnungen, Verstecke, Waffen, falsche Ausweise ...) und unsere Wünsche zu befriedigen, indem wir uns maximal vom Zwang der Lohnarbeit und deren Folgeerscheinungen allgemeinen Elends befreien.

Wenn wir „Unverantwortliche" sind, so stört unsere Unverantwortlichkeit die bestehende Ordnung und jene, die vorhaben, ihre Veränderung auszuhandeln. Eine Bombe, ein gut plazierter „Molotov"-Cocktail, die Entwendung von Informationsmitteln im richtigen Augenblick besitzen mehr praktische und positive Wirkung als irgendein Pamphlet oder radikale Rede.

Wir kennen die Vorbehalte gegen unsere Tätigkeiten: diese seien spektakulär, terroristisch, rekuperierbar, sie verdecken den Kampf der Arbeiter, erlauben dem Staat, die eigenen Gesetze zu übertreten, seine Macht zu stärken und die Repressionen anzufachen.

Wir haben nichts mit dem Spektakel zu tun! Wir wollen nicht als eine Organisation von Spezialisten gelten, mit ihrer Hierarchie, ihren [illegible] und ihren Wahrzeichen. Wir wissen wohl, daß es dem Staat nicht gelingt, die Aufmerksamkeit der Proletarier auf die fiktive Opposition zwischen Rechts und Links zu fixieren, daß er eine sogenannte „terroristische" Organisation braucht, um diese „Rolle" zu spielen. Dieser Staat braucht uns aber nicht als Vorwand, um seinen alltäglichen Terrorismus auszuüben: Polizeiterror gegen Demonstranten und Streikende, Terrorismus der Arbeitgeber-Milizen, Terrorismus der verallgemeinerten Ausbeutung.

Unsere Handlungen zielen nicht darauf ab, die Proletarier, die sich selbst durch Bekämpfung ihrer Entfremdung außerhalb der politisch-gewerkschaftlichen Ebene definiert haben (durch wilde Streiks, souveräne Generalversammlungen) zu führen. Die Proletarier brauchen nicht die Revolutionäre; wenn diese eingreifen, müssen sie es auf dem Gebiet tun, das sie von vornherein selbst gewählt haben. Auf jenem anderen Gebiet müssen einige Genossen, die meistens zeitweise arbeiten oder die taktisch einen Lohn empfangen, um dann in den Genuß von Arbeitslosenunterstützung zu kommen, tatsächlich an jenen Kämpfen teilnehmen. Die anderen, wir, die kategorisch jede Lohnarbeit ablehnen, wir erbringen nur eine taktische Unterstützung, mehr nicht. Zwischen uns und den anderen besteht keinerlei Unterwürfigkeitsverhältnis, da der Kult des Arbeiters genauso verhängnisvoll ist wie der Kult des allen Zwängen entkommenden Nicht-Arbeiters. Unsere Aktionen sind nicht die einzigen wirklichen und vollständigen Einwände gegen die Macht. Oft sind sie begrenzt, punktuell und subjektiv (Gegenschläge auf die Ermordung von Genossen im Gefängnis, auf der Straße oder am Arbeitsplatz). Zuweilen sind sie bezüglich gewisser gezielter und konkreter Eingriffe koordiniert: gegen Atomkraft, für Gefangenenbewegungen, für den Kampf gegen die Lohnarbeit.

Wir können uns zu diesen Aktionen nach Gutdünken bekennen oder nicht. Es kommt vor, daß einige dieser Aktionen (Attentate, Enteignungen), bekennen wir uns nicht zu ihnen, von gewissen Organisationen oder Grüppchen für sich beansprucht werden, die sich so die Illusion einer Stärke geben können, die sie nicht besitzen, und die sie als die Wirksamsten im Wettstreit gegen den Staat erscheinen lassen. Eine solche publizistische Strategie des Pseudo-Überflusses, die ihre gefangenen Militanten und Märtyrer dazu führt, jede Aktion für sich zu beanspruchen, durch die sie als die besten Verteidiger der Arbeiterklasse erscheinen. Dies sind die spektakulären Folgen der Avantgarden: die Selbstgefälligkeit, sich mit ihren Handlungen als der Träger des revolutionären Bewußtseins zu wähnen. Wir wollen auch nicht die zwischen uns und diesen Organisationen existierende Vermischung akzeptieren, noch die zwischen uns als Internationalisten und den tragenden Organisationen nationalistischer Ideologien (I.R.A., E.T.A.) oder Drittewelt-Ideologien (R.A.F.).

Wir erkennen weder die Bewunderer an, noch die „Solidaritäts-Profis", die systematisch unsere Handlungen begrüßen, und damit einverstanden sind, um ihren Radikalismus in Demonstrationen, Meetings oder Versammlungen zu bestätigen, ohne es zu wagen, das Risiko der Kämpfe und deren Folgen auf sich zu nehmen: eine bequeme Position, die es ihnen erlaubt, ihre Entfremdung durch einen militanten Aktivismus zu kompensieren, ohne gehandelt, Initiativen ergriffen, oder Entschiedenheit gezeigt zu haben; kein bißchen mehr Anerkennung haben wir für diejenigen, die aus der Autonomie eine neue Mode-Ideologie machen wollen, da sie unfähig sind, ihrem verbalen Radikalismus einen aktiven Ausweg zu geben, das Neue in unserer Praxis zu verstehen, ihre Kritik des Links-Radikalismus und des Reformismus zu konkretisieren und zu gebrauchen, und die aus ihrer Entfremdung nicht ausbrechen. Wir ziehen es vor, uns nicht mit ihnen zu kompromittieren, und sie nicht in unserem Namen sprechen zu lassen.

Diese Stellungnahme ist nicht elitär; was wir tun kann jedermann tun, und wenn einige unter ihnen, von sozialen Zwängen getrieben, sich dazu entscheiden, den eigenen Kampf anzufangen, dann werden wir ihnen begegnen und ihnen unsere Erfahrungen mitteilen, unsere Erfolge und Mißerfolge erklären, und wir werden ihnen keines unserer Mittel verweigern. Ihre Praxis wird anti-hierarchisch und egalitär sein müssen, eine Regelung, die unsere Anzahl gegenwärtig beschränkt und zeitweise zu Spaltungen geführt hat, aber die die Übertragung von Macht unterbindet, unserem revolutionären Vorhaben eine gewisse Kohärenz verleiht, indem Infiltrationen schwieriger werden, und uns nicht zuletzt eine Dynamik zusichert, um die uns zahlenmäßig größere Organisationen beneiden können.

Das der Lohnarbeit unterworfene Proletariat muß sich jetzt dringend die Frage des bewaffneten Kampfes stellen, und kann sie nicht spezialisierten Gruppen überlassen (uns mit einbegriffen); die gegenwärtige soziale Lage in Spanien erfordert dies. Was Proletarier der S.E.A.T. (Ex-E.R.A.T.) gemacht haben, muß man jetzt umkehren, d. h. anstatt aus Enteignungen stammendes Geld zu verteilen, um den Arbeitslosen zu helfen, hätten sie die notwendigen Bedingungen schaffen müssen, damit die Enteignungen abwechselnd von anderen Proletariern ausgeübt werden, und dies mit stets größerem Wirkungskreis, sodaß dadurch neue Zellen des bewaffneten Kampfes innerhalb der Fabriken entstehen. Wegen ihrer Isolierung haben sie den Verlauf des Kampfes nicht ausdehnen können, dennoch haben sie gezeigt, daß sie ein großes revolutionäres Bewußtsein besitzen, indem sie die wirklichen Aufgaben aufgezeigt haben, die das Proletariat auf sich zu nehmen hat.



Wir, die Autonomen Gruppen, als bewaffnete Fraktion des radikalisierten Proletariats, die die Lohnarbeit zurückgewiesen haben, können nur eine anfängliche Hilfe zur Schaffung bewaffneter Gruppen am Arbeitsplatz und außerhalb erbringen; Gruppen, die im Anschluß selbst ihre Fähigkeit, die eigene Autonomie zu tragen, beweisen werden müssen. Dies ist der einzige Weg, damit sich nicht bewaffnete Arme zur Verteidigung der Proletarier bilden. Die Strategie der F.A.I. während der spanischen Revolution ist nicht mehr gültig; die Proletarier werden nun die Verwirklichung ihrer Wünsche selbst in die Hand nehmen müssen, wenn die Situation es erfordert, ob sie bewaffnet sind oder nicht, aber immer mit eigenen Kräften.

Unsere gegenwärtigen Aufgaben bestehen darin, auf die Repression zu antworten, und in gewissen Augenblicken konkret einzugreifen. Allein werden wir dem Staat nicht die Stirn bieten können; eine solche Aufgabe muß vom gesamten Proletariat durchgeführt werden.

Abschaffung der Lohnarbeit und der Ware!
Für eine klassenlose Gesellschaft!

AUTONOME GRUPPEN